

Attribute einer lebenswerten Gesellschaft: Freiheit, Wohlstand, Sicherheit und Gerechtigkeit

Bulmahn, Thomas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bulmahn, T. (1999). *Attribute einer lebenswerten Gesellschaft: Freiheit, Wohlstand, Sicherheit und Gerechtigkeit*.

(Veröffentlichung / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse, Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung, 99-411). Berlin:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-116643>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Veröffentlichungen der Abteilung *Sozialstruktur und Sozialberichterstattung* des
Forschungsschwerpunktes *Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse* des
Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung

FS III 99 - 411

Attribute einer lebenswerten Gesellschaft:
Freiheit, Wohlstand, Sicherheit und Gerechtigkeit

Thomas Bulmahn

Dezember 1999

Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“
im Forschungsschwerpunkt III

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
Reichpietschufer 50, D - 10785 Berlin
Telefon 030 - 25491 - 0

Zusammenfassung

Im Mittelpunkt dieses Arbeitspapiers steht die Frage, wie lebenswert die bundesdeutsche Gesellschaft ist. Wie die Untersuchung zeigt, nehmen die Bürger eine ganze Reihe von Problemen wahr: Defizite bei Chancengleichheit und Gleichberechtigung ebenso wie Mängel beim Schutz vor Kriminalität und bei der sozialen Sicherheit. Selbst elementare Freiheitsrechte sehen einige als nicht verwirklicht an. Vor diesem Hintergrund wird untersucht, wie die Gesellschaft insgesamt bewertet wird und welchen Stellenwert die Aspekte Freiheit, Sicherheit, Gerechtigkeit und Wohlstand dabei haben. Abschließend wird erörtert, warum die Ostdeutschen die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik anders, das heißt vor allem kritischer, beurteilen als die Westdeutschen. Die Diskussion macht deutlich, daß weder die sozialisationstheoretische Deutung noch die situationsbezogene Interpretation überzeugen können. Geeigneter erscheint ein eigenes soziologisch-historisches Erklärungsmodell, das objektive und subjektive Momente der Bewertung integriert und diesen Aspekten in Anlehnung an Kosellecks Begriffspaar „Erfahrung“ und „Erwartung“ eine historische Dimension verleiht.

Abstract

This paper focusses on the question how people consider the quality of life in the German society. The analysis shows that citizens perceive a number of problems: lack of equal opportunities and social justice, insufficient protection from crime and deficits in social security. Some people even hold that elementary rights of freedom have not been realized. Against this background, the citizens' overall evaluation of this society is presented as well as the importance of the aspects of freedom, security, justice and wealth. Finally, the question is discussed why east Germans regard the social conditions in the Federal Republic in a far more critical way than west Germans. It becomes obvious that neither an interpretation based on the theory of socialization nor an interpretation based on the actual situation is apt to provide an adequate explanation of this phenomenon. For this purpose, an alternative model of explanation has been introduced that integrates objective and subjective aspects and gives them a historic dimension, following Koselleck's definition of „*experience*“ and „*expectation*“.

Inhalt

1	Getrennt vereint? - Bilanzen der deutschen Einheit	3
	Weitgehende Angleichung des materiellen Lebensniveaus	3
	Demokratie und Marktwirtschaft verlieren an Zustimmung	4
2	Warum gelingt die „innere Einheit“ nicht? - Kontroverse Thesen	6
	Sozialisationsthese	6
	Situationsthese	9
	Sozialisation oder Situation? - Die falsche Alternative	10
3	Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit im Urteil der Bürger	11
	Freiheitsrechte gelten als verwirklicht	11
	Lücken bei Schutz und Sicherheit	14
	Defizite bei Chancengleichheit und Gerechtigkeit	15
4	Gesamtbewertung der Gesellschaft	19
	Wie gut kann man in dieser Gesellschaft leben?	19
	Zur Differenz zwischen „Quality of Life“ und „Quality of Society“	22
5	Soziologisch-historisches Erklärungsmodell	25
	Zum Zusammenhang von Merkmalen einer „guter Gesellschaft“ und der Demokratiezufriedenheit	25
	Erfahrung und Erwartung als zentrale Kategorien einer soziologisch-historischen Interpretation	29
	Anmerkungen	31
	Literatur	34

1 Getrennt vereint? - Bilanzen der deutschen Einheit

Zehn Jahre nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik wird erneut intensiv darüber debattiert, ob es gelungen ist, gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West herzustellen oder ob gravierende Unterschiede fortbestehen. Das Jubiläum ist ein willkommener Anlaß, Bilanz zu ziehen. Die meisten der bisher vorliegenden Bestandsaufnahmen fallen zwiespältig aus: Einerseits wird immer wieder deutlich, daß sich die Lebensverhältnisse der Ostdeutschen im vergangenen Jahrzehnt umfassend verbessert haben. Andererseits zeigt sich, daß nicht nur Unterschiede fortbestehen, sondern daß sich auch neue Ungleichheiten zwischen den beiden Landesteilen herausgebildet haben.

Weitgehende Angleichung des materiellen Lebensniveaus

Die Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland kann als ein im wesentlichen erfolgreicher Angleichungsprozeß bewertet werden: Die Erwerbseinkommen und Renten der Ostdeutschen sind in den letzten Jahren erheblich gestiegen; Haushaltsausstattung und Lebensstandard erreichen inzwischen annähernd westdeutsches Niveau (vgl. Zapf/Habich 1999; Böhnke/Delhey 1999). Diesen Verbesserungen stehen die Probleme und Belastungen des Umbruchs gegenüber: der Mangel an Arbeits- und Ausbildungsplätzen, die Abhängigkeit vieler von sozialstaatlicher Unterstützung und der Zwang, sich in einer veränderten Gesellschaft zurechtzufinden (vgl. Winkler 1999).

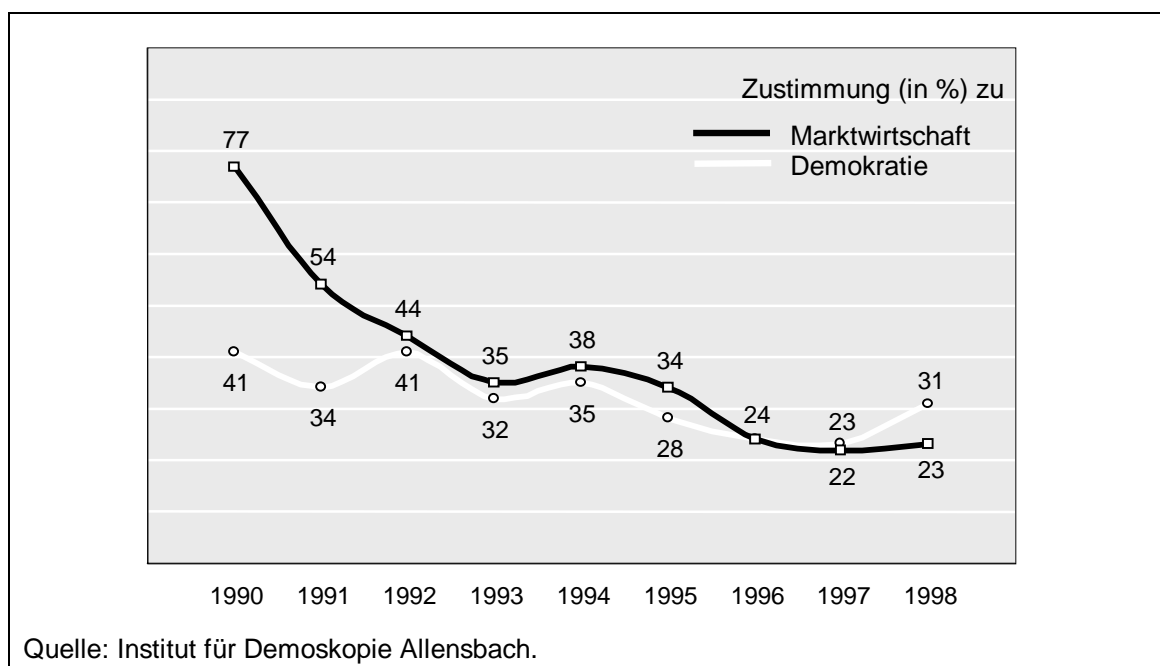
Fordert man die Menschen in den neuen Bundesländern auf, selbst Bilanz zu ziehen, dann kommt die Mehrheit zu dem Ergebnis, daß sich die persönlichen Lebensbedingungen seit 1990 verbessert haben, nur wenige berichten von Verschlechterungen. In dieselbe Richtung weist die Entwicklung des subjektiven Wohlbefindens: Die Ostdeutschen machen sich heute weniger Sorgen als vor neun Jahren, und sie sind alles in allem zufriedener mit ihrem Leben (vgl. Bulmann 1999). Diese Befunde dokumentieren, daß das Wohlfahrtsgefälle zwischen Ost und West im Verlauf nur eines Jahrzehnts eingeebnet werden konnte - wenn auch nicht vollständig und in jeder Hinsicht.

Demokratie und Marktwirtschaft verlieren an Zustimmung

In Westdeutschland hat ein vergleichbarer kollektiver Wohlstandsgewinn in den fünfziger und sechziger Jahren dazu beigetragen, die Bürger von den Vorzügen der Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft zu überzeugen. Lange Zeit hatte die bundesdeutsche Demokratie den Ruf einer „Schönwetterdemokratie“ inne. Erst Ende der sechziger Jahre beobachtete man in Westdeutschland eine Entkopplung von Demokratieakzeptanz und Wirtschaftsentwicklung (vgl. Lepsius 1993).

In Ostdeutschland ist ein derartiger Effekt nicht zu beobachten. Die Verbesserung der Lebensbedingungen scheint die Enkulturation der übertragenen Institutionen nicht zu befördern. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein, denn seit 1990 schwindet die Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft.

Abbildung 1: Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft in Ostdeutschland



Der Anteil derjenigen, die das System der sozialen Marktwirtschaft befürworten, hat sich in den neuen Bundesländern von 77 Prozent im Jahr 1990 auf 23 Prozent im Jahr 1998 verringert (vgl. Abbildung 1).¹ Auch das demokratische System wird inzwischen skeptischer betrachtet.² Daß die Demokratie, die wir in der Bundesrepublik haben, die beste Staatsform sei, meinten 1990 vier von zehn Ostdeutschen; 1997 waren es nur noch zwei von zehn. Der Akzeptanzgewinn ein Jahr später ist meines Erachtens auf die in diesem Jahr abgehaltene Bundestagswahl zurückzuführen: auf die Wahlgeschenke der Regierung

(Ausweitung des ABM-Programms in den neuen Bundesländern), die Wahlversprechen der Opposition (keine Kürzung der Sozialleistungen) und nicht zuletzt auch auf die Chance der unmittelbaren politischen Einflußnahme. Es ist deshalb zu bezweifeln, daß es sich beim Stimmungshoch von 1998 um eine Trendwende handelt. Vielmehr ist damit zu rechnen, daß die Zustimmung zur Demokratie wie nach der Bundestagswahl 1994 sinken wird.

Das erstaunliche Auseinanderfallen von positiver Wohlfahrtsentwicklung auf der einen und negativer Bewertung der Gesellschaft auf der anderen Seite läßt sich nicht nur für die ostdeutsche Bevölkerung insgesamt, sondern auch für einzelne soziale Gruppen beobachten. Eigene Untersuchungen haben gezeigt, daß selbst diejenigen, die ihren Arbeitsplatz nicht verloren haben, sondern die beruflich aufsteigen konnten und deren Einkommenssituation sich überdurchschnittlich verbessert hat, Demokratie und Marktwirtschaft kritischer betrachten als die Westdeutschen. Die Kritik fällt zudem kaum geringer aus als bei denen, die man zu den „Verlierern der Einheit“ zählen muß.

Die zunehmende Skepsis der Ostdeutschen, ihre wachsende Kritik am politischen System und am Wirtschaftssystem der Bundesrepublik, das geringe Institutionenvertrauen und nicht zuletzt die anhaltenden Wahlerfolge der PDS, all das steht in einem denkwürdigen Kontrast zur mehrheitlich wahrgenommenen Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen. Während die „äußere Einheit“ den meisten Beobachtern als vollendet gilt, beklagen viele, daß die „innere Einheit“ des Landes nicht gelinge (vgl. u.a. Kaase/Bauer-Kaase 1998; Fuchs 1998; Misselwitz 1999).

2 Warum gelingt die „innere Einheit“ nicht? - Kontroverse Thesen

In der sozialwissenschaftlichen Diskussion zu dieser Problematik werden vor allem zwei Positionen vertreten. Während die einen die kritischere Sicht der Ostdeutschen auf die Sozialisation in einem autoritären und paternalistischen Regime zurückführen, machen andere die aktuelle wirtschaftliche und soziale Situation in den neuen Bundesländern dafür verantwortlich.

Sozialisationsthese

Die Anhänger der Sozialisationsthese gehen von einer mentalen bzw. ideologischen Prägung der Menschen in den neuen Ländern aus. Die Ostdeutschen seien durch sozialistische Erziehung und ideologische Indoktrination geformt worden. Die Sozialisation in der DDR beeinflusse noch heute in entscheidender Weise ihr politisches Denken und Handeln.

Lepsius war einer der ersten, der auf die Diskrepanz zwischen den aus dem Westen übertragenen Institutionen und der sozialistischen Formung der Ostdeutschen hinwies (vgl. Lepsius 1991). Die implantierten Institutionen würden „zunächst in relativer Abkopplung von der individuellen Lebenserfahrung und biographischen Identitätsformung der Menschen“ existieren, und dies „umso mehr, als diese von dem so andersartigen Institutionensystem des SED-Staates geprägt“ seien (Lepsius 1991: 73).

Problematisiert wurde die sich abzeichnende Diskrepanz zwischen „westdeutscher Systemwelt“ und „ostdeutscher Lebenswelt“, weil bei früheren Untersuchungen zur politischen Kultur deutlich geworden war, daß gesellschaftliche Institutionen der mentalen Einbettung bedürfen (vgl. Almond/Verba 1963). Die mentale Einbettung bzw. in einem weiteren Sinne die soziokulturelle Fundierung der Institutionen gilt seither als eine wesentliche Voraussetzung für ihre uneingeschränkte Funktionsfähigkeit und Stabilität. Auf dieser Einbettungs-These basierten denn auch Befürchtungen, daß „die in DDR-Gewässer vorgestoßenen institutionellen Schiffe der BRD dort trockenfallen oder sich festfahren“ würden (Offe 1991: 79). Es wurde davor gewarnt, daß sich bei den Ostdeutschen ein „lebensweltlicher Eigensinn“ herausbilden werde (vgl. Woderich 1992), der den sozialen Wandel in den neuen Bundesländern blockieren könne (vgl. Kupferberg 1994; Schluchter 1996).

Die meisten dieser Befürchtungen haben sich als unbegründet erwiesen. Fehlfunktionen und Instabilitäten traten seltener auf als erwartet. Dafür lassen sich meines Erachtens vor allem zwei Ursachen anführen: Erstens ging mit dem Institutionentransfer ein umfangreicher Elitentransfer einher. Das mit der 'institutionellen Maschinerie' vertraute westdeutsche Personal hat die Funktionsfähigkeit und die Stabilität der Systeme zweifellos positiv beeinflusst. Zweitens werden in der sozialwissenschaftlichen Diskussion bis heute vor allem die mentalen Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschen herausgestellt. Daß es nach 40 Jahren der Trennung auch noch Übereinstimmungen gab, wurde nur von wenigen wahrgenommen (vgl. Vester 1995; Schlegelmilch 1996). Diese mentalen Gemeinsamkeiten haben die Implementierung des westdeutschen Institutionensystems zweifellos begünstigt.

Ungeachtet der überraschend positiven Entwicklung werden die vorhandenen Einstellungsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen immer wieder dramatisiert und die Sozialisationsthese wird mediengerecht radikalisiert. Die Sozialisation in der DDR wird gleichgesetzt mit „mentaler Deformation“. Den Menschen in den neuen Bundesländern werden antidemokratische Einstellungen, Fremdenfeindlichkeit, Obrigkeitshörigkeit, Versorgungsmentalität und fehlende Eigeninitiative unterstellt.³

Diese Deformationsthese haben bereits vor Jahren heftigen Widerspruch ausgelöst. Unter anderem wurde eingewendet, daß die Prägekraft des sozialistischen Staates geringer gewesen sei, als unterstellt wird. Pollack hat daran erinnert, daß eine mentale Prägung nur in einer stabilen und konsistenten Gesellschaft gelingen könne, in einer Gesellschaft, in der sich „Sozialstruktur und Kultur [...] in einem Verhältnis weitgehender Übereinstimmung befinden“ (Pollack 1996: 16). Die DDR sei aber in einem hohen Maße fragmentiert und gespalten gewesen. Eine wachsende Kluft zwischen Bevölkerung und SED-Staat habe dazu geführt, daß sich die Menschen mehr und mehr westlichen Wertvorstellungen zuwandten (ebd.).

Das „Referenzsystem“ der Ostdeutschen „war und blieb immer die Bundesrepublik“ (Veen 1997: 24). Veens These von einer „virtuellen West-Sozialisation“ mag übertrieben sein. Richtig ist, daß die Systemdefekte des Realsozialismus und der fortwährende Vergleich mit der politisch und wirtschaftlich erfolgreicheren Bundesrepublik viele Ostdeutsche stärker beeinflusst haben als alle Versuche der sozialistischen Erziehung und Indoktrination. Die Sozialisation in der DDR war eine „Sozialisation durch und gegen das System“ (Pollack 1998: 307ff.).

Bei neueren sozialisationstheoretischen Deutungen wird nicht mehr von einer totalen Prägung der DDR-Bürger durch das System ausgegangen. Die politischen Einstellungen der Ostdeutschen seien, wie Fuchs, Roller und Weißels vorsichtig formulieren, „auch durch die Sozialisation“ geformt worden (1997: 8). Der besondere Stellenwert der sozialen Sicherheit in der DDR etwa sei „eine Ursache“ dafür, daß die Ostdeutschen heute höhere Ansprüche an den Sozialstaat stellen würden als die Westdeutschen. Doch der Stellenwert dieser „einen Ursache“ bleibt fraglich. Offen bleibt auch, welche anderen Ursachen existieren. Problematisch bleibt nicht zuletzt die Überzeugung der Autoren, daß dieses „sozialistische Erbe [...] nur durch den Austausch der DDR-Generationen durch jüngere Generationen“ zu überwinden sei (ebd.).

Eine Reihe empirischer Tatsachen spricht gegen diese Persistenzannahme: Der Sozialisationsthese zufolge hätte die Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft am Beginn des Transformationsprozesses relativ gering sein müssen, um dann, als Resultat des Austauschs der Generationen bzw. als Folge des institutionellen Lernens, langsam zu steigen. Doch die Zustimmung zu Demokratie und Marktwirtschaft war nicht Ende der neunziger Jahre am größten, sondern 1990, im Jahr des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik (vgl. Abbildung 1).

Um die Sozialisationsthese dennoch aufrechterhalten zu können, wurde behauptet, daß die sozialistische Prägung der Ostdeutschen von der Euphorie der Wiedervereinigung nur überlagert worden sei. Die Enttäuschungen über den Verlauf der deutschen Einheit hätten die „wirklichen Einstellungen“ wieder hervortreten lassen (vgl. Westle 1994). Doch auch mit dieser „Latenzhypothese“ bleiben viele Fragen offen: Wie läßt sich der Rückgang der Loyalität viele Jahre vor dem Zusammenbruch der DDR erklären? Warum haben die angeblich sozialistisch geprägten Bürger das SED-Regime durch Massenflucht und Massenprotest gestürzt (vgl. Veen 1997: 23f.)? Warum präferieren die Ostdeutschen heute Formen der direkten Bürgerbeteiligung und messen den Grundrechten eine höhere Bedeutung bei als die Westdeutschen?

Situationsthese

Als Alternative zu der in die Kritik geratenen sozialisationstheoretischen Deutung werden situationsbezogene Interpretationen angeboten. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in den neuen Bundesländern werden als die eigentlichen Ursachen für die kritischere Haltung der Ostdeutschen herausgestellt. Veen verweist auf das bestehende wirtschaftliche Gefälle zwischen den alten und den neuen Ländern. Die Wachstumsschwäche der ostdeutschen Wirtschaft und die höhere Arbeitslosigkeit seien für die unterschiedlichen Systembewertungen, politischen Einstellungen und Werthaltungen verantwortlich (vgl. Veen 1997: 24ff.).

Die Einstellungsunterschiede würden sich erst dann auflösen, wenn es gelingt, die Lebensbedingungen in Ost und West anzugleichen. Pollack hat 1996 prophezeit, daß „der Abbau des ostdeutschen Sonderbewußtseins in dem Maße vorankommt, wie der wirtschaftliche Aufschwung in den neuen Bundesländern greift und wie soziale Differenzen zwischen Ostdeutschen bedeutsamer werden als soziale Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschen“ (Pollack 1996: 16). Doch diese Vorhersage hat sich nicht erfüllt. Denn obwohl sich in den letzten Jahren die materiellen Lebensbedingungen in Ostdeutschland dem westdeutschen Niveau angenähert haben und die soziale Ungleichheit zwischen den Ostdeutschen zugenommen hat (vgl. u.a. Dathe 1998), ist es nicht zu der prophezeiten Angleichung der Einstellungsmuster gekommen (vgl. Meulemann 1998).

Bei dem Versuch, sich von sozialisationstheoretischen Deutungen abzugrenzen, wird die Bedeutung situativer Faktoren häufig überschätzt. In ihrem Beitrag mit dem programmatischen Titel „Das Sein bestimmt das Bewußtsein“ meinen Walz und Brunner (1997), Benachteiligungsgefühle der Ostdeutschen allein auf die schlechtere Wirtschaftslage in den neuen Ländern zurückführen zu können. Doch weder die Operationalisierung ihres Ansatzes noch die Interpretation der Ergebnisse können überzeugen (vgl. zur Kritik auch Pollack 1998).⁴

Die Schwäche der situationsbezogenen Deutung besteht meines Erachtens vor allem darin, daß die subjektiven Hintergründe von Wahrnehmungs- und Bewertungsprozessen unberücksichtigt bleiben. Unser Bild von der Wirklichkeit ist aber nicht nur vom Zustand der Dinge abhängig, die wir betrachten, sondern auch von der Art und Weise, wie wir diese Dinge sehen.

Sozialisation oder Situation? - Die falsche Alternative

Weder mit der Sozialisationsthese noch mit der Situationsthese läßt sich der Rückgang der Zustimmung zu Demokratie und Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern plausibel erklären. Andererseits ist nicht zu bestreiten, daß beide Aspekte, Sozialisation und Situation, bei der Evaluation gesellschaftlicher Gegebenheiten eine Rolle spielen. Wäre es aus diesem Grunde nicht sinnvoll, beide Erklärungsansätze zu kombinieren? Ließen sich mit einer Symbiose nicht die Schwächen beider Ansätze überwinden? Dagegen spricht, daß die Wahrnehmung und Bewertung der Gesellschaft von einer Vielzahl subjektiver Faktoren beeinflusst wird, die sich nicht, zumindest nicht vollständig, auf Sozialisations-effekte zurückführen lassen. Hierzu gehören individuelle Ansprüche und Erwartungen an eine lebenswerte Gesellschaft, kollektiv geteilte Idealbilder von einer „guten Gesellschaft“ etc. Diese Faktoren sind keine Konstanten, sondern veränderliche Größen, wie die Forschungen zum Wertewandel in modernen Gesellschaften zeigen.

Ein weiterer Einwand gegen eine einfache Kombination von Sozialisations- und Situationsthese ergibt sich aus der situationstheoretischen Verengung der zeitlichen Perspektive auf die jeweils aktuelle sozioökonomische Lage. Implizit wird angenommen, daß nur die gegenwärtige Situation von Bedeutung sei (Aktualitätsannahme). Es wird übersehen, daß Menschen in der Lage sind, eine Vielzahl von Erfahrungen zu sammeln, zu überdenken und rational zu verarbeiten.

Weil beide Erklärungsansätze auf jeweils eigene Weise unhistorisch sind - die Sozialisationsthese wegen der Behauptung, die Auswirkungen der Sozialisation in der DDR seien persistent, und die Situationsthese wegen der Annahme, nur die jeweils aktuelle sozioökonomische Lage sei von Bedeutung - führt auch eine Kombination beider Ansätze nicht weiter. Denn auch diese Synthese bliebe blind für die historische Dimension des Problems. Vernachlässigt blieben die Dynamik und Variabilität kollektiver Erfahrungen und Erwartungen.

Unberücksichtigt bliebe schließlich die entscheidende Frage, was die Qualität einer Gesellschaft eigentlich ausmacht. Entscheidend ist diese Frage deshalb, weil meines Erachtens die Bewertung der Gesellschaft im allgemeinen bzw. die Beurteilung gesellschaftlicher Institutionen im speziellen in erster Linie vom Ausmaß abhängig ist, in dem Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit verwirklicht sind, und nicht von der Sozialisation bzw. von der aktuellen sozioökonomischen Lage. Im folgenden Abschnitt wird zunächst beschrieben, wie diese Merkmale einer lebenswerten Gesellschaft von den Menschen im vereinten Deutschland beurteilt werden.⁵

3 Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit im Urteil der Bürger

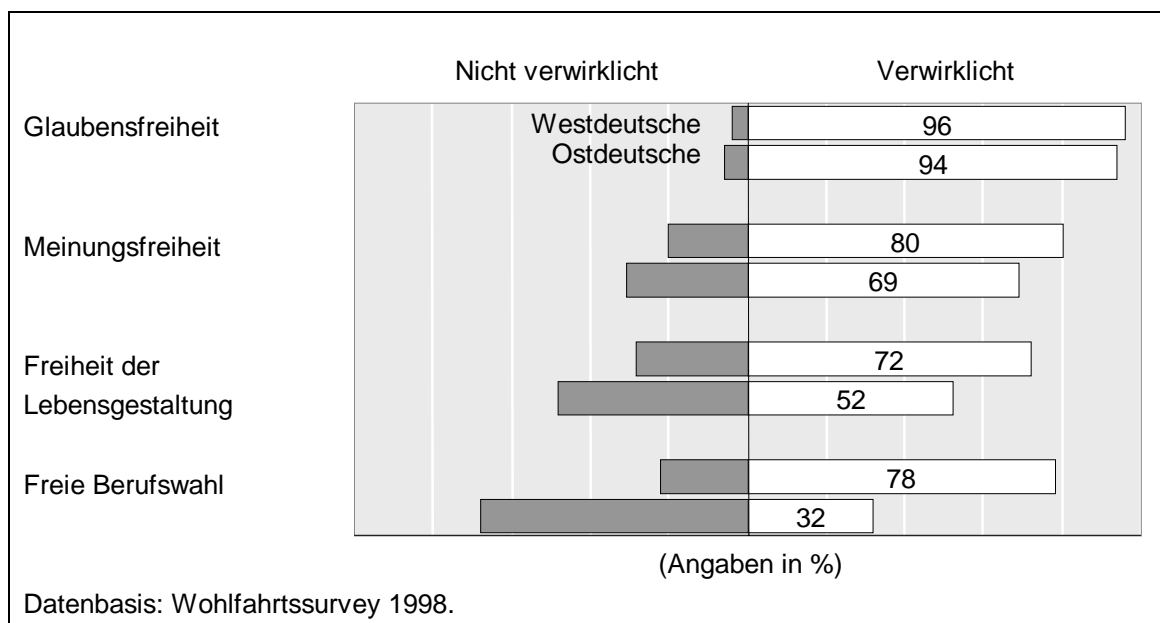
Moderne Wohlfahrtsstaaten wie die Bundesrepublik Deutschland ermöglichen den meisten Bürgern ein Leben in Wohlstand und eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe. Sozialstaatliche Regelungen gewährleisten darüber hinaus ein hohes Maß an sozialer Sicherheit, die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums sorgt für mehr Gerechtigkeit, und die Verfassung garantiert eine Vielzahl von Freiheitsrechten.

Doch nicht allen kommt das Erreichte gleichermaßen zugute. Einige Bevölkerungsgruppen werden sozial benachteiligt. Die Betroffenen leben in unsicheren Verhältnissen und können die gegebenen Freiheiten nur eingeschränkt nutzen. Andere sind vom gesellschaftlichen Leben ganz ausgeschlossen. Ihnen bleiben Freiheitsrechte, soziale Sicherheit und Chancengleichheit weitgehend verwehrt.

Ob Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit verwirklicht sind, läßt sich deshalb nicht allein anhand gesetzlicher Regelungen und institutioneller Arrangements ermesen, sondern ist auch von sozioökonomischen Rahmenbedingungen und individuellen Partizipationschancen abhängig. Die subjektive Wahrnehmung von Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit durch die Bürger kann helfen, Diskrepanzen zwischen gesellschaftlichen Leitbildern und gesellschaftlicher Wirklichkeit aufzudecken und deren Ursachen zu erkennen.⁶

Freiheitsrechte gelten als verwirklicht

Die Freiheitsrechte sind im Grundgesetz festgeschrieben. Hier wird unter anderem das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Freiheit des Glaubens, das Recht der freien Meinungsäußerung und das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen, garantiert. Inwieweit diese Freiheitsrechte verwirklicht sind, bewerten die Bürger ganz unterschiedlich.

Abbildung 2: Freiheitsrechte im Urteil der Bürger

Die große Mehrheit der Bevölkerung ist der Meinung, daß die Glaubensfreiheit in der Bundesrepublik realisiert ist (vgl. Abbildung 2). Auch das Recht auf freie Meinungsäußerung wird von den meisten als gegeben angesehen, acht von zehn Westdeutschen und sieben von zehn Ostdeutschen meinen, daß man immer und überall seine Meinung frei äußern kann.

Die Freiheit, so zu leben wie man will, und das Recht auf Berufsfreiheit werden in Ost und West ganz unterschiedlich beurteilt: Während die überwiegende Mehrheit der westdeutschen Befragten sagt, daß diese Rechte verwirklicht sind, beklagt ein Großteil der Bürger in den neuen Bundesländern erhebliche Defizite. Jeder zweite meint, daß das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit eingeschränkt ist, und sieben von zehn Befragten sehen die Freiheit der Berufswahl nicht verwirklicht.

Zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen gibt es bemerkenswerte Unterschiede bei der Wahrnehmung und Bewertung der Freiheitsrechte (vgl. Tabelle 1). Besserverdienende sind häufiger als Einkommensschwache davon überzeugt, daß diese Rechte verwirklicht sind, und Erwerbstätige meinen dies öfter als Arbeitslose. Die Resultate verdeutlichen, wie sehr die individuell wahrgenommene Freiheit von der Höhe des Einkommens und vom Erwerbsstatus, kurz, von den individuellen Partizipationschancen abhängig ist.

Tabelle 1: Freiheitsrechte im Urteil der Bürger

	In der Bundesrepublik „ganz und gar“ bzw. „eher“ realisiert							
	Glaubensfreiheit		Meinungsfreiheit		Freiheit der Lebensgestaltung		Freie Berufswahl	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %							
Insgesamt	96	94	80	69	72	52	78	32
Geschlecht								
Männer	96	93	84	70	75	52	80	36
Frauen	95	95	77	68	69	52	76	28
Alter								
18-34 Jahre	93	91	80	62	68	46	81	46
35-59 Jahre	96	95	78	68	70	50	76	27
über 60 Jahre	97	96	85	76	80	61	78	25
Einkommenslage ¹								
Oberstes Quintil	97	94	85	70	76	60	80	33
Unterstes Quintil	93	89	77	57	68	41	72	37
Erwerbsstatus								
Erwerbstätig	95	94	81	66	70	48	80	31
Arbeitslos	96	94	71	64	69	47	71	33
Parteipräferenz								
SPD	94	95	83	75	72	59	76	30
CDU/CSU	97	97	85	88	77	69	80	48
FDP	93	/	91	/	71	/	88	/
Bündnis'90/Grüne	95	/	72	/	68	/	77	/
PDS	/	92	/	55	/	42	/	25

¹ Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen.
/ Fallzahl < 30.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

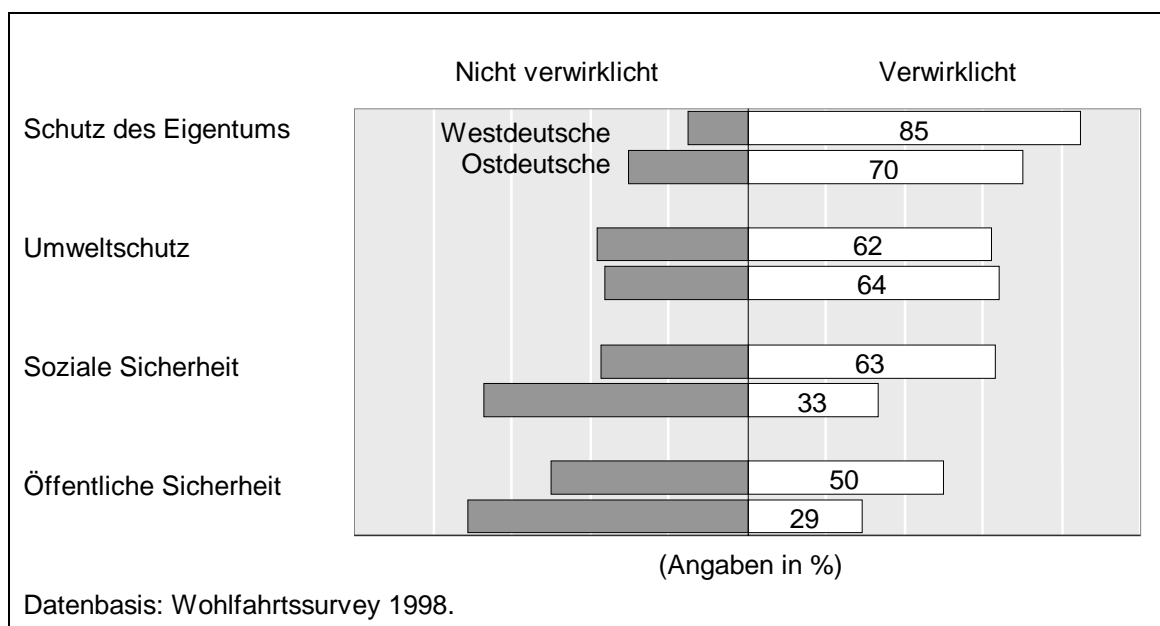
Auch das Lebensalter wirkt sich auf das Urteil über die Freiheitsrechte aus. Die Bewertung der Berufsfreiheit beispielsweise fällt bei den 18-34jährigen deutlich positiver aus als bei den Älteren. Verantwortlich hierfür sind in erster Linie die ungleichen Möglichkeiten, mobil und flexibel zu sein. Weil jüngere Menschen seltener familiär, beruflich bzw. örtlich gebunden sind, haben sie größere Chancen als die Älteren, Beruf, Ausbildungsstätte und Arbeitsort frei zu wählen bzw. überhaupt einen Arbeitsplatz zu finden.

Die Bewertung der Freiheitsrechte ist auch abhängig von der politischen Orientierung. Zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien gibt es zum Teil erhebliche Meinungsunterschiede. Am kritischsten von allen Befragten sind im Westen die Sympathisanten der Grünen und im Osten die der PDS. Eine betont kritische Sicht gehört offensichtlich nicht nur zur politischen Identität dieser Parteien, sondern auch zum Selbstbild vieler ihrer Anhänger.

Lücken bei Schutz und Sicherheit

Wie lebenswert eine Gesellschaft ist, bemißt sich nicht allein am Umfang der garantierten Freiheiten, sondern auch daran, ob die öffentliche Sicherheit gewährleistet ist, inwieweit die Bürger bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und im Alter gesichert sind und in welchem Maße die Umwelt geschützt wird.

Abbildung 3: Schutz und Sicherheit im Urteil der Bürger



Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung meint, daß sowohl der Schutz des Eigentums als auch der Schutz der Umwelt gewährleistet ist, West- und Ostdeutsche sind sich in diesem positiven Urteil weitgehend einig (vgl. Abbildung 3). Schlechter werden die öffentliche Sicherheit und die soziale Sicherheit bewertet. Jeder zweite Westdeutsche sieht Mängel beim Schutz vor Kriminalität, und etwa jeder dritte beklagt Defizite bei der sozialen Sicherheit. In den neuen Bundesländern meinen sieben von zehn Bürgern, daß die öffentliche Sicherheit bzw. die soziale Sicherheit nicht verwirklicht sind.

Vor allem Arbeitslose und Einkommensschwache kritisieren Mängel bei der sozialen Sicherheit, insbesondere ältere Menschen beklagen fehlenden Schutz vor Kriminalität, und hauptsächlich Anhänger der Grünen und jüngere Leute sehen Defizite beim Umweltschutz (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Schutz und Sicherheit im Urteil der Bürger

	In der Bundesrepublik „ganz und gar“ bzw. „eher“ realisiert							
	Schutz des Eigentums		Umweltschutz		Öffentliche Sicherheit		Soziale Sicherheit	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %							
Insgesamt	85	70	62	64	50	29	63	33
Geschlecht								
Männer	87	70	63	65	56	31	67	35
Frauen	83	71	61	63	44	28	59	31
Alter								
18-34 Jahre	87	70	59	56	53	35	62	39
35-59 Jahre	84	70	60	64	52	28	62	29
über 60 Jahre	84	72	68	70	42	26	65	35
Einkommenslage ¹								
Oberstes Quintil	87	76	62	67	50	32	69	31
Unterstes Quintil	85	64	65	65	53	25	55	22
Erwerbsstatus								
Erwerbstätig	85	69	61	61	52	29	64	31
Arbeitslos	86	62	62	65	38	32	45	30
Parteipräferenz								
SPD	85	76	61	61	47	30	65	39
CDU/CSU	88	82	69	76	51	42	69	53
FDP	79	/	49	/	56	/	69	/
Bündnis'90/Grüne	84	/	32	/	53	/	57	/
PDS	/	60	/	54	/	19	/	25

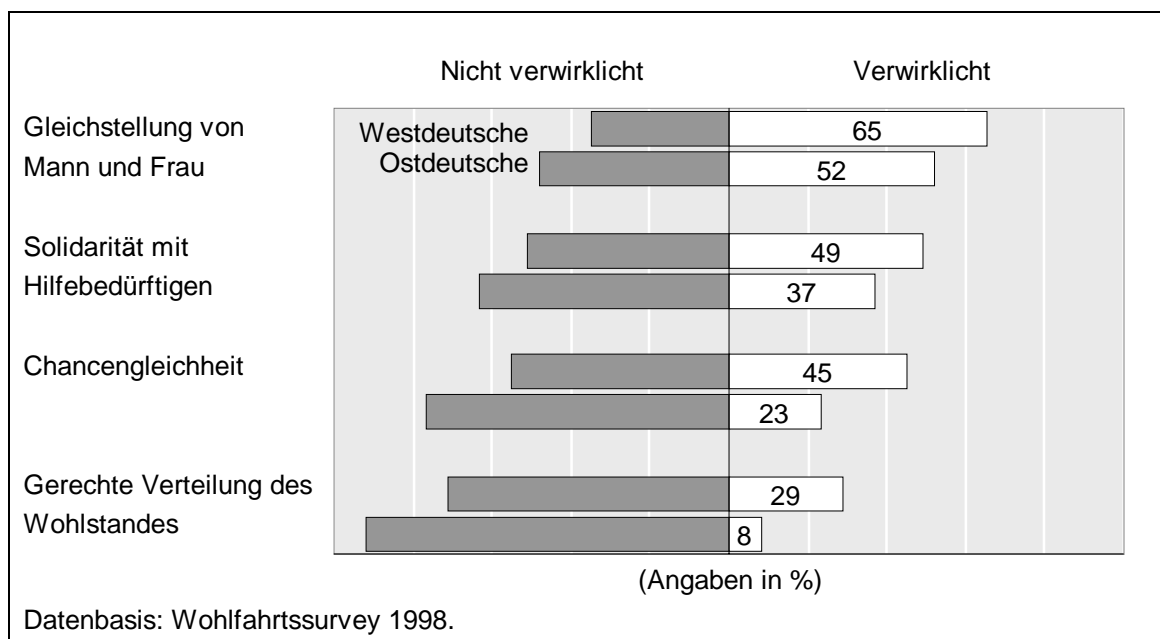
¹ Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen.
/ Fallzahl < 30.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

Diese Ergebnisse machen deutlich, daß die Bewertung von Schutz- und Sicherheitsaspekten nicht nur auf objektive Faktoren, wie tatsächliche Gefährdungen, zurückzuführen ist, sondern auch auf ein unterschiedlich ausgeprägtes Problembewußtsein, auf unterschiedliche Ansprüche und Erwartungen.

Defizite bei Chancengleichheit und Gerechtigkeit

Chancengleichheit und Gerechtigkeit sind weitere Merkmale, die die Lebensverhältnisse in einer Gesellschaft prägen. Im Grundgesetz sind der Gleichberechtigungsgrundsatz und das Differenzierungsverbot festgeschrieben. Niemand darf demnach wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt werden.

Abbildung 4: Chancengleichheit und Gerechtigkeit im Urteil der Bürger

Die Bewertung durch die Bevölkerung deckt erhebliche Diskrepanzen zwischen Verfassungstext und erlebter Verfassungswirklichkeit auf (vgl. Abbildung 4). Daß es in der Bundesrepublik Chancengleichheit unabhängig von der Herkunft gibt, meint nur ein kleiner Teil der Menschen - nicht einmal jeder zweite im Westen und nur etwa jeder vierte im Osten. Auch die Gleichstellung von Mann und Frau und die Solidarität mit Hilfebedürftigen wird von vielen als nicht verwirklicht angesehen.

Daß der Wohlstand gerecht verteilt wird, glauben nur wenige - nur drei von zehn Westdeutschen und nicht einmal jeder zehnte Ostdeutsche. Zwar ist die gerechte Verteilung des Wohlstandes kein Grundrecht, und deshalb sind die wahrgenommenen Defizite auch anders zu bewerten als die Lücken, die bei der Gleichstellung der Geschlechter oder bei der Chancengleichheit gesehen werden. Doch weil soziale Gerechtigkeit ein anerkanntes gesellschaftspolitisches Ziel ist, sollten die beklagten Defizite ernst genommen werden.

Wie zu erwarten war, wird die Bewertung von Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit von persönlichen bzw. kollektiv geteilten Benachteiligungserfahrungen beeinflusst (vgl. Tabelle 3). Frauen kritisieren Defizite bei der Gleichstellung der Geschlechter häufiger als Männer. Arbeitslose und Einkommensschwache beklagen fehlende Solidarität und mangelnde Chancengleichheit öfter als Erwerbstätige und Personen mit höherem Einkommen.

Tabelle 3: Chancengleichheit und Gerechtigkeit im Urteil der Bürger

	In der Bundesrepublik „ganz und gar“ bzw. „eher“ realisiert							
	Gleichstellung von Mann und Frau		Solidarität mit Hilfebedürftigen		Chancengleichheit		Gerechte Verteilung des Wohlstandes	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %							
Insgesamt	65	52	49	37	45	23	29	8
Geschlecht								
Männer	72	55	51	40	49	20	31	6
Frauen	59	49	47	35	42	24	27	10
Alter								
18-34 Jahre	67	61	44	42	43	26	29	10
35-59 Jahre	62	48	47	34	41	20	27	6
über 60 Jahre	69	48	57	38	54	23	34	9
Einkommenslage ¹								
Oberstes Quintil	63	48	48	30	48	22	34	5
Unterstes Quintil	64	49	47	35	39	20	23	8
Erwerbsstatus								
Erwerbstätig	68	52	47	37	45	23	29	8
Arbeitslos	54	54	37	31	33	18	24	6
Parteipräferenz								
SPD	62	44	47	38	42	20	22	4
CDU/CSU	71	75	57	57	54	41	41	21
FDP	69	/	56	/	62	/	35	/
Bündnis'90/Grüne	45	/	27	/	33	/	15	/
PDS	/	33	/	31	/	6	/	4

¹ Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen.
/ Fallzahl < 30.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

Überraschend ist, daß die Unterschiede verhältnismäßig gering ausfallen: Auch ein Großteil der Männer meint, daß die Gleichberechtigung nicht realisiert ist, und selbst viele der Besserverdienenden glauben, daß Chancengleichheit und Gerechtigkeit nicht verwirklicht sind. Wie es scheint, haben öffentliche Debatten über Ungleichheit, über die Rolle der Frauen in der Gesellschaft oder über soziale Gerechtigkeit ein allgemeines Bewußtsein für diese Probleme geschaffen. Dieses Problembewußtsein übertrifft zuweilen sogar das der tatsächlich Benachteiligten: Nicht die Frauen äußern sich am kritischsten zur Gleichberechtigung, sondern die Anhänger der PDS, und nicht die Arbeitslosen beklagen am häufigsten mangelnde Solidarität, sondern die Sympathisanten der Grünen.

Zusammenfassend möchte ich drei Punkte hervorheben:

Erstens sind das Ausmaß und die Bandbreite der wahrgenommenen Defizite erstaunlich groß. Dahinter nur pauschale Gesellschaftskritik zu vermuten, wäre jedoch falsch, denn die vorgegebenen Aspekte einer lebenswerten Gesellschaft - Freiheitsrechte, Aspekte von Schutz und Sicherheit, Chancengleichheit, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit - werden sehr differenziert bewertet.

Zweitens wird die Bewertung der gesellschaftlichen Gegebenheiten sowohl von objektiven als auch von subjektiven Faktoren beeinflusst. Zu den objektiven Faktoren zählen die Höhe des Einkommens, der Erwerbsstatus, das Geschlecht und das Alter - also Größen, die in unterschiedlicher Gewichtung das Ausmaß der Partizipationschancen determinieren. Die Bedeutung subjektiver Faktoren wurde am Beispiel der Parteipräferenz deutlich. Die Parteipräferenz steht in engem Zusammenhang mit einer Vielzahl weiterer subjektiver Faktoren. Hierzu gehören das Wissen um gesellschaftliche Probleme, und die Bedeutung, die diesen Problemen beigemessen wird. Hierzu zählen aber auch Vorstellungen von einer lebenswerten Gesellschaft und ideologisch motivierte Vorurteile.

Drittens nehmen die Ostdeutschen in weitaus größerem Umfang soziale Probleme wahr. Doch auch in den alten Bundesländern beklagen die Menschen gesellschaftliche Defizite - und zwar in einem erstaunlichen Ausmaß. Strukturell ähneln sich die Bewertungen sogar: Wie im Osten werden auch im Westen die größten Probleme bei der Chancengleichheit und der Verteilungsgerechtigkeit gesehen. Die Freiheitsrechte gelten dagegen hier wie dort als weitgehend realisiert - sieht man einmal von der Freiheit der Berufswahl ab. Das führt uns zu der Frage, wie die Menschen die Gesellschaft insgesamt bewerten und welche Bedeutung die Merkmale einer „guten Gesellschaft“ dabei haben.

4 Gesamtbewertung der Gesellschaft

Die bisher präsentierten Befunde vermitteln das Bild einer Bevölkerung, die eine Vielzahl von gesellschaftlichen Problemen wahrnimmt: Defizite bei Chancengleichheit und Gleichberechtigung ebenso wie Mängel beim Schutz vor Kriminalität und bei der sozialen Sicherheit. Selbst elementare Freiheitsrechte sehen einige als nicht verwirklicht an. Um die Relevanz der Wahrnehmung von gesellschaftlichen Defiziten zu ermessen, soll untersucht werden, wie die Bürger die Gesellschaft insgesamt beurteilen und, in einem zweiten Schritt, welche Zusammenhänge zwischen dem Gesamturteil über die Gesellschaft und einzelnen Dimensionen einer „guten Gesellschaft“ bestehen.

Wie gut kann man in dieser Gesellschaft leben?

Die Frage, ob eine Gesellschaft lebenswert ist, läßt sich auf unterschiedliche Art und Weise formulieren. Vom zugrundeliegenden Konzept ist es abhängig, welche Indikatoren zur Messung herangezogen werden, und das hat wiederum entscheidenden Einfluß darauf, wie die Antwort auf die gestellte Frage letztendlich ausfällt.

Der Human Development Index (HDI) ist ein Indikator, der Aufschluß über den Entwicklungsstand einer Gesellschaft gibt. Dieser für internationale Vergleiche konzipierte Index integriert drei Aspekte gesellschaftlicher Lebenschancen: die Möglichkeit, ein langes und gesundes Leben zu führen, die Chance, Bildung zu erwerben, und die Aussicht, über weitere Ressourcen, beispielsweise ein eigenes Einkommen, zu verfügen (vgl. United Nation Development Program). Damit erlaubt der HDI empirisch begründete Aussagen über die objektiven Lebensbedingungen in einer Gesellschaft. Unberücksichtigt bleibt dabei jedoch, daß erstens die Lebensbedingungen und Partizipationschancen in der Regel ungleich verteilt sind und daß zweitens die Menschen je nach gesellschaftlichem Entwicklungsstand unterschiedliche Ansprüche und Bedürfnisse haben.

Um Fragen der Ungleichverteilung und darüber hinausgehend auch Probleme des sozialen Ausschlusses thematisieren zu können, wird auf der Basis alternativer Konzepte versucht, Lebenschancen auch auf der Mikroebene zu erfassen. Im Mittelpunkt des Personal Development-Ansatzes stehen die individuellen Aneignungschancen, das heißt die Gestaltungs- und Wachstumsmöglichkeiten, die eine Gesellschaft bietet (vgl. Lane 1996).

In eine ähnliche Richtung weisen Forschungen zum Thema „Soziale Exklusion“ (vgl. u.a. Silver 1994). Auch hier geht es um die Chance, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, konkret um die Zugangsmöglichkeiten zu Bildung, um Erwerbschancen, um Möglichkeiten der politischen Partizipation etc. (vgl. Bergman 1996). Aber auch diese Konzepte erlauben nur indirekte Antworten auf die Frage, wie lebenswert eine Gesellschaft ist. Denn ob die vorhandenen Chancen tatsächlich wahrgenommen werden, wahrgenommen im doppelten Sinne, und ob die Fülle an Optionen den Menschen das ermöglicht, was man als ein „glückliches Leben“ zu bezeichnen pflegt, bleibt offen.

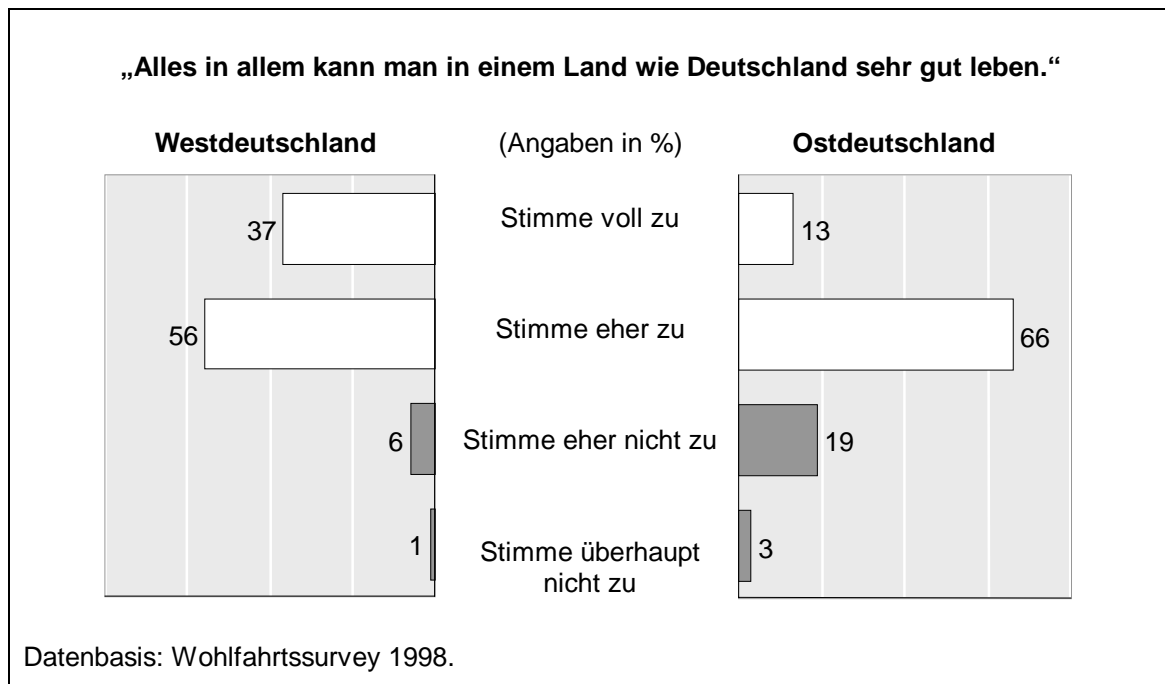
Dieser Aspekt, das Ausmaß von Glück und Zufriedenheit in einer Gesellschaft, steht im Zentrum des Livability-Ansatzes. ‘Livability’ wird definiert als „degree to which the provisions and requirements of society fit the needs and capacities of its members“ (Veenhoven 1992: 14). Im Rahmen dieses Konzeptes werden zwar eine Reihe unterschiedlicher Lebensbereiche berücksichtigt, doch letztlich gilt die Frage nach der Zufriedenheit mit dem Leben als der Indikator für ‘Livability’. Denn „if people thrive well, society is apparently livable“ (Veenhoven 1995: 33; Veenhoven 1997). International vergleichende Studien führen in der Tat immer wieder zu dem Ergebnis, daß zwischen dem nationalen Wohlstandsniveau und dem subjektiven Wohlbefinden der Bevölkerung ein enger Zusammenhang besteht: Je höher das Durchschnittseinkommen in einem Land, desto höher ist auch der Mittelwert der Lebenszufriedenheit (vgl. u.a. Veenhoven 1991; Inglehart 1990).

Doch es ist fraglich, ob das Aggregat der individuellen Zufriedenheiten mit dem Leben ein geeigneter Indikator für die Qualität einer Gesellschaft ist, denn eigene Untersuchungen haben gezeigt, daß die Lebenszufriedenheit vor allem von den materiellen Lebensbedingungen, insbesondere von der Höhe des eigenen Einkommens und dem Lebensstandard, determiniert wird (vgl. Bulmahn 1996). Auch kulturelle und psychologische Faktoren haben einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf das Zufriedenheitsniveau (vgl. u.a. Strack et al. 1991; Headey/Wearing 1992; Kahnemann et al. 1999). Ob Aspekte einer „guten Gesellschaft“, ob Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit die Lebenszufriedenheit maßgeblich beeinflussen, ist dagegen nicht sicher. Auf dieses Problem wird im nächsten Abschnitt eingegangen (vgl. Abschnitt 3.2).

Ein Indikator, der stärker auf die Aspekte einer lebenswerten Gesellschaft abzielt, ist mit der Zustimmung zu der Aussage „In einem Land wie Deutschland kann man sehr gut leben“ gegeben. Diese Frage ist vom Abstraktionsniveau in etwa mit der Frage nach der Lebenszufriedenheit zu vergleichen, denn wie bei der Zufriedenheitsfrage soll eine individuelle Gesamtbilanz erstellt werden - hier aber auf die Gesellschaft bezogen.⁷

Als dieser Indikator 1976 zum ersten Mal in der Bundesrepublik erhoben wurde, stimmten der Aussage 56 Prozent der Menschen voll zu, 37 Prozent stimmten eher zu (vgl. Zentralarchiv für empirische Sozialforschung 1999: 28). Fast ein Vierteljahrhundert später, im Jahr 1998, war die Zustimmung noch immer bemerkenswert - auch wenn der Anteil derjenigen, die die Aussage uneingeschränkt bejahen, zurückgegangen ist (vgl. Abbildung 5).

Abbildung 5: Gesamtbewertung der Gesellschaft



Ungeachtet aller wahrgenommenen Probleme meint die überwiegende Mehrheit der Menschen in Ost und West, daß die Bundesrepublik ein Land ist, in dem man sehr gut leben kann. Von einer generellen Kritik an der bestehenden Gesellschaftsordnung kann also keine Rede sein. Zudem wird deutlich, daß das Urteil der Ostdeutschen etwas schlechter ausfällt als das der Westdeutschen: Nur etwa ein Zehntel der Menschen in den neuen Bundesländern hält die Gesellschaft uneingeschränkt für sehr lebenswert. In Westdeutschland ist der Anteil immerhin dreimal so hoch. Mehr als ein Fünftel der Ostdeutschen, aber nur sieben Prozent der Westdeutschen, bezweifeln, daß die Bundesrepublik ein Land ist, in dem man sehr gut leben kann.

Angesichts der Vielzahl von gesellschaftlichen Defiziten, die von den Bürgern wahrgenommen werden, wird die Gesellschaft insgesamt überraschend positiv beurteilt. Die Vermutung liegt nahe, daß es weitere relevante Merkmale einer „guten Gesellschaft“ gibt, die wesentlich zu dem positiven Gesamturteil beitragen. Hierzu könnte das vergleichsweise hohe Wohlstandsniveau in der Bundesrepublik gehören.

Zur Differenz zwischen „Quality of Life“ und „Quality of Society“

Ausgangspunkt der folgenden Analysen sind die bisher präsentierten Merkmale einer „guten Gesellschaft“. Aus inhaltlichen und methodischen Gründen wurden im Rahmen einer Faktorenanalyse aus dem Geflecht der vielen, miteinander korrelierenden Aspekte drei Dimensionen extrahiert: Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit. Jede dieser Dimensionen bündelt eine Reihe von inhaltlich zusammengehörenden Einzelaspekten. Um ein Beispiel zu nennen: Die Dimension Freiheit setzt sich in erster Linie aus den Faktoren Glaubensfreiheit, politische Freiheit, Meinungsfreiheit und Freiheit der Lebensgestaltung zusammen.⁸ Um das Wohlstandsniveau in vergleichbarer Weise abzubilden, im Sinne einer subjektiven Bewertung bestehender Verhältnisse, wurde ein einfacher Wohlfahrtsindex berechnet. Dieser Index ergibt sich aus der Summe der Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen und der Zufriedenheit mit dem Lebensstandard.⁹ Wie wichtig sind Wohlstand, Freiheitsrechte, Schutz vor Kriminalität, soziale Sicherheit, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit etc. für die Bewertung der Gesellschaft?

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, daß die Faktoren Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit wesentliche Bestimmungsgrößen für die Gesamtbewertung der Gesellschaft sind (vgl. Tabelle 4). Je mehr diese Merkmale einer lebenswerten Gesellschaft als verwirklicht gelten, desto positiver ist das Gesamturteil. Auch das Wohlstandsniveau hat einen erheblichen Einfluß auf das Gesamturteil. Je zufriedener die Menschen mit Einkommen und Lebensstandard sind, desto wohlwollender ist ihre Sicht auf diese Gesellschaft. Damit bestätigt sich die bereits geäußerte Vermutung von der Existenz weiterer Einflußfaktoren, welche die Gesamtbilanz positiv beeinflussen. Dieser Effekt, im Sinne einer positiven Kompensation, ist bei der Dimension Wohlstand zweifellos gegeben, denn wie die Zufriedenheitsangaben zeigen, ist das materielle Lebensniveau in der Bundesrepublik sehr hoch, und fast alle sozialen Gruppen können daran teilhaben - wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß.⁹

Tabelle 4: Determinanten der Qualität der Gesellschaft¹ in Ost- und Westdeutschland

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Standardisierte Koeffizienten Beta	Signifikanz	Standardisierte Koeffizienten Beta	Signifikanz
Freiheit	,24	,000	,23	,000
Wohlstand	,20	,000	,16	,000
Sicherheit	,17	,000	,24	,000
Gerechtigkeit	,14	,000	,28	,000
R-Quadrat	,18		,23	

¹ Abgebildet sind die Ergebnisse einer multiplen Regression. Abhängige Variable ist die (metrisierte) Zustimmung zur Aussage: „Alles in allem kann man in einem Land wie Deutschland sehr gut leben“.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

Die Analyse läßt zudem den Schluß zu, daß in Ost und West unterschiedliche Wertmaßstäbe existieren. Was eine lebenswerte Gesellschaft ausmacht, darüber gibt es in beiden Landesteilen offensichtlich voneinander abweichende Vorstellungen. Deutlich wird dies an dem jeweils unterschiedlichen Einfluß von Freiheit, Wohlstand, Sicherheit bzw. Gerechtigkeit auf das Urteil über die Gesellschaft insgesamt.¹⁰ Für die Westdeutschen sind Freiheit und Wohlstand von großer Bedeutung, also die Dimensionen, die als eher unproblematisch gelten. Sicherheits- und Gerechtigkeitsaspekte sind dagegen weniger wichtig. Die Menschen in den neuen Bundesländern setzen andere Prioritäten: Soziale Gerechtigkeit und Sicherheit sind besonders relevant - also die Dimension, bei denen die größten Defizite gesehen werden.

Daß die Ostdeutschen die Gesellschaft nicht gleichermaßen befürworten wie die Westdeutschen, hat also mehrere Ursachen: Erstens werden in erstaunlichem Umfang Sicherheits- und Gerechtigkeitsdefizite beklagt, denen - das ist der zweite Teil der Erklärung - eine besondere Bedeutung beigemessen wird. Drittens schließlich fällt der kompensatorische Effekt von Wohlstand geringer aus als in den alten Bundesländern, nicht zuletzt deshalb, weil dieser Aspekt im Osten weniger wichtig ist, zumindest für die globale Bewertung der Gesellschaft.

Ein weiteres bemerkenswertes Ergebnis ist, daß die Ostdeutschen den Freiheitsrechten eine ebenso große Bedeutung beimessen wie die Westdeutschen. Das widerspricht der verbreiteten Vorstellung, daß Freiheit im Osten nicht besonders wichtig sei. Diese These ist möglicherweise auf eine spezielle Art der Befragung zurückzuführen, bei der die Teilnehmer dazu angehalten werden, zwischen Freiheit und Gleichheit zu wählen.

Dabei geben regelmäßig mehr Ostdeutsche als Westdeutsche ihre Präferenz für möglichst große Gleichheit zu erkennen (Noelle-Neumann/Köcher 1997: 648). Daraus auf einen geringen Stellenwert von Freiheit zu schließen, ist falsch. Richtig ist dagegen, daß Chancengleichheit und Gerechtigkeit in den neuen Bundesländern einen höheren Stellenwert haben als im Westen.

Im folgenden soll die weiter oben aufgeworfene Frage beantwortet werden, ob die Zufriedenheit mit dem Leben ein geeigneter Indikator für die Qualität einer Gesellschaft ist. Davon könnte man meines Erachtens nur dann ausgehen, wenn die Aspekte, die hier als Merkmale einer „guten Gesellschaft“ bezeichnet werden, einen bedeutenden Einfluß auf die Zufriedenheit mit dem Leben hätten. Die Regressionsanalyse zeigt jedoch, daß das nicht der Fall ist (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5: Determinanten der Lebenszufriedenheit¹

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Standardisierte Koeffizienten Beta	Signifikanz	Standardisierte Koeffizienten Beta	Signifikanz
Freiheit	,09	,000	,07	,011
Wohlstand	,56	,000	,58	,000
Sicherheit	,07	,000	,07	,007
Gerechtigkeit	,07	,000	,13	,000
R-Quadrat	,38		,42	

¹ Abgebildet sind die Ergebnisse einer multiplen Regression. Abhängige Variable ist die allg. Zufriedenheit mit dem Leben, gemessen mit einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden). Der Mittelwert liegt in Westdeutschland bei 7,7 und in Ostdeutschland bei 7,3.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

Das Ausmaß, in dem Freiheitsrechte, Sicherheit, Chancengleichheit und Gerechtigkeit als verwirklicht gelten, beeinflußt die Lebenszufriedenheit nur geringfügig. Die Erklärungskraft des Modells ist fast ausschließlich auf die Dimension Wohlstand zurückzuführen. Von einem hohen Niveau der Lebenszufriedenheit auf eine „gute Gesellschaft“ zu schließen, ist deshalb problematisch - zumindest dann, wenn zu den Merkmalen einer lebenswerten Gesellschaft nicht nur materieller Wohlstand gehören soll, sondern auch Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit. Und daran sollte kein Zweifel bestehen, denn was wäre die wohlhabendste Gesellschaft ohne Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit?

5 Soziologisch-historisches Erklärungsmodell

Die bisher präsentierten Analysen haben gezeigt, daß die Merkmale einer „guten Gesellschaft“ in unterschiedlichem Maße von Belang sein können. Für die individuelle Dimension der Lebensbedingungen, als Indikator wurde die Zufriedenheit mit dem Leben zugrunde gelegt, haben Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit nur eine geringe Bedeutung. Weitaus wichtiger sind diese Aspekte dagegen für die soziale Dimension der Lebensbedingungen, für das, was ich in Anlehnung an den Begriff „quality of life“ „quality of society“ - Qualität der Gesellschaft - nennen will.

Zum Zusammenhang von Merkmalen einer „guten Gesellschaft“ und Demokratiezufriedenheit

Im folgenden soll geprüft werden, ob das Ausmaß, in dem Freiheit, Wohlstand, Sicherheit und Gerechtigkeit als verwirklicht gelten, auch die Zufriedenheit mit den demokratischen Einrichtungen in diesem Land beeinflussen. Ein derartiger Zusammenhang ist wahrscheinlich, weil viele Aspekte einer lebenswerten Gesellschaft auch vom Funktionieren des politischen Systems abhängig sind. Eine solche Beziehung ist vor allem deshalb naheliegend, weil die Mehrheit der Bürger in erster Linie „den Staat“, d.h. das demokratische Staatswesen, für die Zustände in dieser Gesellschaft verantwortlich machen (vgl. u.a. Noelle-Neumann/Köcher 1997: 692, 732).

Die Untersuchung führt zu dem Ergebnis, daß zwischen der Bewertung von Freiheitsrechten, von Sicherheit bzw. Gerechtigkeit und der Demokratiezufriedenheit ein enger Zusammenhang besteht (vgl. Tabelle 6). Je mehr Aspekte einer „guten Gesellschaft“ als realisiert gelten, desto zufriedener sind die Bürger mit den demokratischen Einrichtungen in diesem Land. Unzufrieden mit dem politischen System sind vor allem diejenigen, die Defizite bei der Verwirklichung von Freiheitsrechten, sozialer Sicherheit, Chancengleichheit und Gerechtigkeit ausmachen. In den neuen Bundesländern ist dieser Zusammenhang noch stärker ausgeprägt als in den alten Ländern, und auch hier zeigt sich, daß die Ostdeutschen dem Aspekt Gerechtigkeit eine größere Bedeutung beimessen als die Westdeutschen.

Tabelle 6: Determinanten der Demokratiezufriedenheit¹ in Ost- und Westdeutschland

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Standardisierte Koeffizienten Beta	Signifikanz	Standardisierte Koeffizienten Beta	Signifikanz
Freiheit	,29	,000	,25	,000
Wohlstand	,22	,000	,26	,000
Sicherheit	,17	,000	,23	,000
Gerechtigkeit	,09	,000	,21	,000
R-Quadrat	,21		,27	

¹ Abgebildet sind die Ergebnisse einer multiplen Regression. Abhängige Variable ist die Zufriedenheit mit den demokratischen Einrichtungen, gemessen mit einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden). Der Mittelwert liegt in Westdeutschland bei 6,5 und in Ostdeutschland bei 5,5.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

Damit komme ich auf das Phänomen zurück, daß in den neuen Bundesländern die Zustimmung zur Demokratie und die Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft schwinden, obwohl sich die materiellen Lebensbedingungen im letzten Jahrzehnt spürbar verbessert haben. Angesichts der bisherigen Ergebnisse liegt die Hypothese nahe, daß die geringere Demokratiezufriedenheit im Osten vor allem auf die größere Zahl gesellschaftlicher Probleme zurückzuführen ist, die von den Ostdeutschen wahrgenommen werden. Anders formuliert: Die Ost-West-Unterschiede in der Demokratiezufriedenheit sind vermutlich in erster Linie das Resultat der unterschiedlichen Bewertung von Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit in beiden Landesteilen. Wenn diese Annahme zutrifft, dann sind die weiter oben diskutierten Thesen in Frage gestellt, die für die geringere Demokratiezufriedenheit im Osten entweder die Sozialisation in der DDR (Sozialisationsthese) oder aber die gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme in den neuen Bundesländern (Situationsthese) verantwortlich machen (vgl. Abschnitt 2).

Was also steckt hinter dem Ost-West-Unterschied in Bezug auf die Demokratiezufriedenheit? Um diese Frage zu beantworten, wurden fünf Regressionsmodelle berechnet (vgl. Tabelle 7). Das Modell 1 dient dazu, die Größe und die Richtung des Ost-West-Effektes abzuschätzen. Die Ergebnisse dieser „Nullmessung“ entsprechen im wesentlichen den Erwartungen: Das negative Vorzeichen des Koeffizienten für die Variable ‘Landesteil‘ bedeutet, daß die Menschen im Osten (Landesteil = 1) unzufriedener mit den demokratischen Einrichtungen sind als die Menschen im Westen (Landesteil = 0). Allein erklärt die Variable ‘Landesteil‘ nur vier Prozent der Gesamtstreuung.

Tabelle 7: Determinanten der Demokratiezufriedenheit¹ im vereinten Deutschland

Modell	Einflußvariablen	Standardisierte Koeffizienten Beta	Signifikanz	R-Quadrat
1	Landesteil	-,20	,000	,04
2	Landesteil PDS-Präferenz	-,18 -,07	,000 ,001	,05
3	Landesteil PDS-Präferenz Arbeitslosigkeit	-,17 -,07 -,10	,000 ,001 ,000	,06
4	Landesteil PDS-Präferenz Arbeitslosigkeit Freiheit Wohlstand Sicherheit Gerechtigkeit	-,08 -,02 -,01 ,28 ,22 ,17 ,12	,000 ,220 ,546 ,000 ,000 ,000 ,000	,25
5	Landesteil Freiheit Wohlstand Sicherheit Gerechtigkeit	-,09 ,28 ,23 ,18 ,12	,000 ,000 ,000 ,000 ,000	,25

¹ Abgebildet sind die Ergebnisse einer multiplen Regression. Abhängige Variable ist die Zufriedenheit mit den demokratischen Einrichtungen, gemessen mit einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden).

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

Beim Modell 2 wurde ein Einflußfaktor berücksichtigt, der bei der Sozialisationsthese im Mittelpunkt steht: die sozialistische Prägung. Dabei gehe ich von der Annahme aus, daß nicht die Ostdeutschen allgemein sozialistisch geprägt sind, sondern vor allem diejenigen, die bei der Befragung angaben, bereits über einen längeren Zeitraum mit der Nachfolgepartei der SED, d.h. mit der PDS zu sympathisieren. Die Analyse zeigt, daß die Demokratiezufriedenheit der PDS-Sympathisanten (PDS-Präferenz = 1) in der Tat geringer ist, als beim Rest der Bevölkerung (PDS-Präferenz = 0). Deutlich wird aber auch, daß dieser Faktor die Ost-West-Differenz bei der Demokratiezufriedenheit nur marginal erklären kann, denn durch die Hinzunahme der 'PDS-Präferenz' verringert sich der Effekt der Variablen 'Landesteil' nur geringfügig. Auch die Güte des Modells verändert sich nur unwesentlich.

Beim Modell 3 wird eine Größe einbezogen, die für die Situationsthese von zentraler Bedeutung ist: die aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Probleme in den neuen Bun-

desländern. Diese Größe wurde als persönliche Betroffenheit von Arbeitslosigkeit zum Zeitpunkt der Befragung operationalisiert. Auch hier ist der Effekt eher gering. Weder wird die Erklärungskraft der Variablen 'Landesteil' deutlich geschmälert, noch verbessert sich die Qualität des Gesamtmodells entscheidend. Das ändert sich erst durch die Hinzunahme der Merkmale einer lebenswerten Gesellschaft in Modell 4. Die Erklärungskraft des Faktors 'Landesteil' sinkt auf $-,08$, gleichzeitig erhöht sich die durch das Modell erklärte Gesamtvarianz auf 25 Prozent. Bemerkenswert ist, daß die Variablen 'PDS-Präferenz' und 'Arbeitslosigkeit' keinen signifikanten Einfluß mehr haben - weshalb sie in Modell 5 auch wieder ausgeschlossen werden.

Die Analyse zeigt, daß die geringere Zufriedenheit der Ostdeutschen mit den demokratischen Einrichtungen in diesem Land nicht auf die vermeintliche sozialistische Prägung oder auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme in den neuen Bundesländern zurückzuführen ist - zumindest nicht in erster Linie. Verantwortlich hierfür sind vielmehr Defizite bei der Freiheit der Berufswahl, bei der sozialen Sicherheit, bei der Chancengleichheit, bei der gerechten Verteilung des Wohlstandes etc., die von den Ostdeutschen in weitaus größerem Maße wahrgenommen werden als von den Westdeutschen.

Es steht außer Zweifel, daß bei der Bewertung von Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit die sozioökonomische Situation als eine Determinante der Partizipationschancen eine Rolle spielt und daß auch die Sozialisation als eine Determinante der Vorstellungen von einer „guten Gesellschaft“ von Bedeutung ist (vgl. Abschnitt 3). Doch als empirisch gesichert kann nunmehr gelten, daß Sozialisation bzw. Situation und Demokratiezufriedenheit in keinem direkten Zusammenhang stehen, sondern daß es sich hier um eine indirekte Beziehung handelt, vermittelt über die Bewertung der Merkmale einer lebenswerten Gesellschaft. Der Versuch, die geringere Demokratiezufriedenheit in den neuen Bundesländern nur mit dem Verweis auf Sozialisation oder Situation erklären zu wollen, muß deshalb zwangsläufig zu kurz greifen.

Das gilt auch für die Frage, warum die Ostdeutschen das Ausmaß, in dem Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit verwirklicht sind, anders beurteilen als die Westdeutschen. Auch hier wäre eine auf Sozialisation bzw. Situation beschränkte Deutung verfehlt. Aussichtsreicher erscheint mir eine Interpretation, bei der die Erfahrungen und Erwartungen der Menschen eine zentrale Rolle spielen - aussichtsreicher vor allem deshalb, weil mit der biographischen und historischen Öffnung der Perspektive die Engführungen der Kontroverse 'Sozialisation' versus 'Situation' überwunden werden können.

Erfahrung und Erwartung als zentrale Kategorien einer soziologisch-historischen Interpretation

Mit seinen Schriften zur Semantik geschichtlichen Erfahrungswandels hat Koselleck das Begriffspaar 'Erfahrung' und 'Erwartung' als metahistorische Kategorien eingeführt. Erfahrung, so Koselleck, ist „gegenwärtige Vergangenheit, deren Ereignisse einverleibt worden sind und erinnert werden können“ (Koselleck 1989: 354). Rationale Verarbeitung und Unbewußtes kommen dabei zusammen. Zudem gilt Erfahrung als personengebunden und interpersonal zugleich, insofern als „in der je eigenen Erfahrung, durch Generationen oder Institutionen vermittelt, immer fremde Erfahrung enthalten und aufgehoben“ ist (ebd.).

Ebenso komplex ist die Kategorie der Erwartung angelegt: „... auch Erwartung vollzieht sich im Heute, ist vergegenwärtigte Zukunft, sie zielt auf das Noch-Nicht, auf das nicht Erfahrene, auf das nur Erschließbare. Hoffnung und Furcht, Wunsch und Wille, die Sorge, aber auch rationale Analyse, rezeptive Schau oder Neugierde gehen in die Erwartung ein, indem sie diese konstituieren“ (Koselleck 1989: 354f.).

Indem Koselleck die beiden Kategorien als „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ miteinander verbindet, entwirft er das Bild einer historischen Landschaft. Im Verlaufe ihres Lebens bewegen sich die Menschen durch dieses historische Gelände. Dabei verändern sich sowohl ihr Erfahrungsraum als auch ihr Erwartungshorizont. Erfahrungen und Erwartungen stehen also in einer dynamischen Beziehung zueinander, „sie konstituieren eine zeitliche Differenz im Heute, indem sie Vergangenheit und Zukunft auf ungleiche Weise miteinander verschränken“ (Koselleck 1989: 358).

Der subjektive Hintergrund bei der Bewertung gesellschaftlicher Gegebenheiten kann als ein derartiger Erwartungshorizont aufgefaßt werden, der sich bei der Bewegung in Erfahrungsräumen immer wieder verändert. Vor diesem Erwartungshorizont wird die gesellschaftliche Realität als aktuelle soziale Erfahrung beurteilt. Insofern läßt sich die Bewertung der Merkmale einer lebenswerten Gesellschaft als ein Vergleichsprozeß verstehen, bei dem objektive und subjektive Momente, eben als Erfahrungen und Erwartungen, zusammenkommen. Die sozialen Gegebenheiten werden an den Erwartungen gemessen, die mit einer „guten Gesellschaft“ verbunden werden, und sie werden verglichen mit den Erfahrungen, die in anderen gesellschaftlichen Konstellationen gemacht wurden. Beson-

dere Bedeutung haben dabei Zeiten des gesellschaftlichen Umbruchs, wenn sich plötzlich unbekannte Erfahrungsräume öffnen und neue Erwartungshorizonte abzeichnen.

Um ein einfaches Beispiel zu geben: Als es den Ostdeutschen vor zehn Jahren gelang, sich bis dahin verwehrte Grundrechte zu erstreiten, erlebten viele das als Befreiung. Endlich war es möglich, das Leben in die eigenen Hände zu nehmen, die persönliche Meinung öffentlich zu äußern und sich politisch frei zu betätigen. Diese Zeit des gesellschaftlichen Übergangs war eine Zeit neuer Freiräume. Diese historische Erfahrung hat den Erwartungshorizont der Ostdeutschen radikal verändert. Inzwischen haben sich viele an diese Freiheiten gewöhnt und zugleich deren Grenzen erfahren: den Mangel an Arbeits- und Ausbildungsplätzen, die Abhängigkeit von sozialstaatlicher Unterstützung, den Unterschied zwischen Meinungsfreiheit und politischem Einfluß etc. Daß Demokratie und Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern an Zustimmung verlieren, ist nicht zuletzt Ausdruck enttäuschter Erwartungen.

Was bedeuten diese Resultate für die Zukunft? Selbst wenn es in den nächsten Jahren gelingt, die Lebensbedingungen in Ost und West weiter anzugleichen, muß dies nicht zwangsläufig zu einer Angleichung der Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster führen. Diese Unterschiede werden auf absehbare Zeit erhalten bleiben. Die Frage ist, wie gehen wir mit ihnen um?

Falsch wäre es, die kritischere Sicht der Ostdeutschen auf unrealistische Erwartungen und falsche Hoffnungen zurückzuführen. Kritik und Skepsis wären dann nichts weiter als ein Indiz für das Ankommen der Menschen in der bundesdeutschen Wirklichkeit zu deuten. „Angleichung durch Desillusionierung“ wäre das Motto. Doch wer so argumentiert, unterschätzt den politischen Zündstoff, der in den wahrgenommenen Sicherheits- und Gerechtigkeitsdefiziten steckt. Doch auch vor einer Dramatisierung ist zu warnen. Die Wahrnehmung von Unsicherheit und Ungerechtigkeit ist kein genuin ostdeutsches Phänomen, sondern eine verbreitete Erscheinung in modernen Gesellschaften. „Die Freiheit der Märkte haben wir“, so der Ökonom Amartya Sen jüngst auf einem Symposium zur Zukunft des Kapitalismus im 21. Jahrhundert, „doch wo bleiben Gleichheit und Brüderlichkeit?“ (Sen 1999).

Anmerkungen

- 1) Frage: „Glauben Sie, die Demokratie, die wir in der Bundesrepublik haben, ist die beste Staatsform, oder gibt es eine andere Staatsform, die besser ist?“ (Noelle-Neumann/Köcher 1997: 657). Ausgewiesen ist der Anteil derjenigen, die meinen, die „Demokratie ist die beste Staatsform“. Der Superlativ in der Fragestellung - beste Staatsform - ist sicher problematisch, denn die Auffassung, daß es eine Staatsform gibt, die besser ist als die bestehende, bedeutet für sich genommen noch keine Ablehnung der Demokratie. Doch darum geht es in diesem Zusammenhang nicht. Die Frage wird nicht als Indikator für die Zustimmung zur Demokratie im allgemeinen interpretiert, sondern als Maß für die Akzeptanz des in der Bundesrepublik existierenden demokratischen Systems. Wenn immer weniger Menschen in den neuen Bundesländern der Meinung sind, daß dieses System das beste ist, immer mehr dagegen meinen, daß es eine bessere Alternative gibt, dann muß diese Entwicklung als Rückgang der Zustimmung zum bestehenden demokratischen System gewertet werden. In Westdeutschland ist die Zustimmung weitaus größer, der Wert schwankt zwischen 70 und 80 Prozent (1974: 72 Prozent, 1990: 81 Prozent, 1993: 75 Prozent, 1994: 79 Prozent, 1997: 69 Prozent).
- 2) Frage: „Haben Sie vom Wirtschaftssystem in der Bundesrepublik eine gute Meinung oder keine gute Meinung?“ (Noelle-Neumann/Köcher 1997: 670). Ausgewiesen ist der Anteil derjenigen, die sagen, sie hätten eine „gute Meinung“. Auch diese Frage ist wegen fehlender Abstufungen bei den Antwortvorgaben nicht unproblematisch. Denn keine „gute Meinung“ von einem Wirtschaftssystem zu haben, bedeutet noch nicht, dieses System abzulehnen. Die Bewertung des Wirtschaftssystems anhand einer fein abgestuften Skala, etwa im Sinne einer Zufriedenheitsskala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden, wäre ein besserer Indikator - nicht zuletzt wegen der stärker auf kognitive Aspekte abzielenden und damit affektive Faktoren stärker vermeidenden Formulierung. Doch vergleichbare Indikatoren wurden erst ab 1993 und nur für wenige Zeitpunkte erhoben. Trenderaussagen lassen sich aus diesen Daten nur eingeschränkt gewinnen - die Resultate gehen jedoch in dieselbe Richtung: Rückgang der Noten für das Wirtschaftssystem ebenso wie für das politische System (vgl. Bulmahn/Habich 1997: 435ff.).
- 3) Daß Sozialwissenschaftler wie Christian Pfeiffer, Thomas Roethe („Arbeiten wie bei Honecker, leben wie bei Kohl. Plädoyer für das Ende der Schonfrist“) oder Wolf Wagner („Kulturschock Deutschland“) mit ihren Polemiken gegen die Ostdeutschen einen erheblichen Teil der Ost-West-Dissonanzen produzieren, die Sie selbst dann als „Verständigungsprobleme“, als „mentale Differenzen“ oder als „kommunikative Mißverständnisse“ problematisieren, sei hier nur am Rande bemerkt.
- 4) Mit dem von Walz und Brunner verwendeten Indikator, der Zustimmung zur Aussage „Zwischen Ost und West gibt es Unterschiede bei Lohn und Gehalt“, läßt sich das wirtschaftliche Gefälle zwischen Ost und West im Sinne der Situationsthese nicht abbilden. Geeigneter wären objektive Indikatoren wie Lohnabstand, Unterschiede bei den Vermögenseinkommen oder das unterschiedliche Ausmaß der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit etc. Von einem „deutlichen Vorrang der Ökonomie“ (Walz/Brunner 1997: 18) kann auch angesichts der von den Autoren präsentierten Befunde keine Rede sein.

- 5) Datenbasis ist der Wohlfahrtssurvey 1998. Diese Repräsentativbefragung wurde im Rahmen eines Gemeinschaftsprojektes der Abteilung *Sozialstruktur und Sozialberichterstattung* des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung und der ZUMA-Abteilung *Soziale Indikatoren* im Herbst 1998 durchgeführt. Dabei wurden 2007 Personen in den alten Bundesländern und 1035 Personen in den neuen Bundesländern zu ihren objektiven Lebensbedingungen, zum subjektiven Wohlbefinden und zur Qualität der Gesellschaft befragt.
- 6) Frage: „Was meinen Sie? In welchem Maße sind die folgenden Freiheiten, Rechte, Chancen und Sicherheiten in der Bundesrepublik realisiert? Sind diese voll und ganz realisiert, eher realisiert, eher nicht realisiert oder überhaupt nicht realisiert?“
- 7) Frage: „Wie sehr stimmen Sie dieser Aussage zu? - ‚Alles in allem kann man in einem Land wie Deutschland sehr gut leben.‘ Stimmen Sie dieser Aussage voll zu, eher zu, eher nicht zu oder überhaupt nicht zu?“
- 8) Die folgende Komponentenmatrix verdeutlicht die Zusammensetzung der drei Dimensionen. Dabei gilt: Je größer die Faktorladung, desto größer ist die Bedeutung des Faktors für die jeweilige Komponente.

Rotierte Komponentenmatrix^a

	Komponente		
	Gerechtigkeit	Sicherheit	Freiheit
Politische Freiheit	-,030	,237	,654
Glaubensfreiheit	,016	,048	,737
Schutz vor Kriminalität	,299	,691	,018
Soziale Sicherheit	,481	,573	,138
Solidarität	,519	,461	,008
Recht auf Arbeit	,684	,234	,048
Freie Berufswahl	,531	,098	,341
Umweltschutz	,128	,609	,134
Schutz des Eigentums	,032	,695	,292
Gerechter Wohlstand	,649	,333	,038
Gleichstellung Mann und Frau	,648	,055	,078
Chancengleichheit	,775	,133	,156
Meinungsfreiheit	,302	,078	,698
Leben wie man will	,463	,159	,575

Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse.

Rotationsmethode: Varimax mit Kaiser-Normalisierung.

a. Die Rotation ist in 6 Iterationen konvergiert.

- 9) Die Zufriedenheit wird mit einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) erhoben. Der Mittelwert der Zufriedenheit mit dem Lebensstandard liegt in Westdeutschland bei 7,4 und in Ostdeutschland bei 6,7. Der Mittelwert der Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen liegt in Westdeutschland bei 7,0 und in Ostdeutschland bei 6,0.

- 10) Für alle geschätzten Beta-Werte wurden auf der Basis des jeweiligen Standardfehlers Konfidenzintervalle berechnet. Mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent liegt der wahre Wert β^* in diesem Bereich:

Konfidenzintervalle Beta-Werte

	Westdeutschland	Ostdeutschland
Freiheit	,228 - ,248	,218 - ,242
Wohlstand	,198 - ,206	,159 - ,171
Sicherheit	,160 - ,180	,225 - ,249
Gerechtigkeit	,133 - ,153	,265 - ,293

Literatur

- Almond, Gabriel A.; Sidney Verba 1963: *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton: Princeton University Press.
- Bergman, J. 1996: *Conceptualizing social exclusion*, Papier für die Konferenz *Social exclusion and Social integration in Europe. Theoretical Perspectives on Poverty and Inequality*, Blarney.
- Böhnke, Petra; Jan Delhey 1999: *Lebensstandard und Armut im vereinten Deutschland*, Discussion Paper FS III 99-408, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Bulmahn, Thomas, 1996: *Determinanten des subjektiven Wohlbefindens*, in: Wolfgang Zapf, Roland Habich (Hrsg.): *Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, Sozialer Wandel, Lebensqualität*, Berlin: edition sigma, S. 79-96.
- Bulmahn, Thomas; Roland Habich 1997: *Komponenten des Wohlbefindens*, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Datenreport 1999, Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 426-440.
- Bulmahn, Thomas 1999: *Globalmaße des subjektiven Wohlbefindens*, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Datenreport 1999, Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Dathe, Dietmar 1998: *Kontinuität und Wandel ostdeutscher Ungleichheitsstrukturen*, in: *Utopie kreativ*, Heft 88 S.33-44.
- Fuchs, Dieter; Edeltraut Roller; Bernhard Weißels 1997: *Die Akzeptanz der Demokratie des vereinigten Deutschland oder: wann ist ein Unterschied ein Unterschied?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 51/97, S. 3-12.
- Fuchs, Dieter 1998: *The Political Culture of Unified Germany*, Discussion Paper FS III 98-204, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Headey, Bruce; Alex Wearing 1992: *Understanding Happiness. A Theory of Subjective Well-Being*, Melbourne: Longman Cheshire.
- Kaase, Max; Petra Bauer-Kaase 1998: *Deutsche Vereinigung und innere Einheit 1990-1997*, in: Heiner Meulemann (Hrsg.): *Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland*, Opladen: Leske+Budrich, S. 251-267.
- Kahneman, Daniel; Ed Diener; Norbert Schwarz (Hrsg.) 1999: *Well-Being: The Foundations of Hedonic Psychology*, New York: Russell Sage Foundation.
- Koselleck, Reinhart 1989: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Kupferberg, Feiwel 1994: *Alte Steuerungssysteme billig zu verkaufen: Veränderungsbereitschaft und Systemexport im Transformationsprozeß*, in: *BISS public* 15, S. 45-65.
- Lane, R. 1996: *Quality of Life and Quality of Persons: A New Role for Government*, in: A. Of-fer: *In Pursuit of the Quality of Life*, New York: Oxford University Press, S. 256-294.

- Lepsius, Rainer M. 1991: Ein unbekanntes Land. Plädoyer für soziologische Neugierde, in: Bernd Giesen; Claus Leggewie (Hrsg.): Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, Berlin: Rotbuch Verlag, S. 71-76.
- Lepsius, Rainer M. 1993: Demokratie in Deutschland, Soziologisch-historische Konstellationsanalysen, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Meulemann, Heiner (Hrsg.) 1998: Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland, Opladen: Leske+Budrich.
- Misselwitz, Hans-Jürgen 1999: Annäherung durch Wandel. Für eine neue Sicht auf die "innere Einheit" und die Rolle der politischen Bildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 7/8, S. 24-30.
- Noelle-Neumann, Elisabeth; Renate Köcher (Hrsg.) 1997: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1993-1997. Demoskopische Entdeckungen, München: K.G. Sauer, Allensbach: Verlag für Demoskopie.
- Offe, Claus 1991: Die deutsche Vereinigung als natürliches Experiment, in: Bernd Giesen; Claus Leggewie (Hrsg.): Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, Berlin: Rotbuch Verlag, S. 77-86.
- Pollack, Detlef 1996: Alles wandelt sich, nur der Ossi bleibt stets der gleiche?, in: Frankfurter Rundschau vom 29. Juni 1996, Nr. 149, S. 16.
- Pollack, Detlef 1998: Ostdeutsche Identität. Ein multidimensionales Phänomen, in: Heiner Meulemann (Hrsg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung, Opladen: Leske + Budrich, S. 301-318.
- Roller, Edeltraut 1997: Sozialpolitische Orientierungen nach der deutschen Vereinigung, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinten Deutschland, Opladen: Leske+Budrich, S. 115-146.
- Schlegelmilch, Cordia 1996: Lebenswege in Deutschland. Die Prägekräft geschichtlicher Räume, in: Berliner Debatte Initial: Zeitschrift für sozialwissenschaftlichen Diskurs, Heft 2, S. 47-61.
- Schluchter, Wolfgang 1996: Institutionen und Mentalitäten. Über die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen oder: Von dem schließlich doch nur allmählichen Untergang der DDR, in: ders.: Neubeginn durch Anpassung? Studien zum ostdeutschen Übergang, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 7-59.
- Sen, Amartya 1999: Die Freiheit der Märkte haben wir - wo bleiben Gleichheit und Brüderlichkeit?, in: Der Kapitalismus im 21. Jahrhundert, herausgegeben von der Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog, München, Zürich: Piper Verlag, S. 21-63.
- Silver, H. 1994: Social exclusion and social solidarity: Three paradigms, in: International Labour Review, Vol. 133, No. 5-6, , S. 531-578.
- Strack, Fritz; Michael Argyle; Norbert Schwarz (Hrsg.) 1991: Subjective Well-Being. An Interdisciplinary Perspective, Oxford, u.a.: Pergamon Press.
- United Nation Development Program (Hrsg.): Human Development Report 1990, Jahrgang 1990 und folgende. New York, Oxford University Press.

- Veen, Hans-Joachim 1997: Innere Einheit - aber wo liegt sie? in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 40-41/97, S. 19-28.
- Veenhoven, Ruut 1991: Is happiness relative?, in: Social Indicators Research, Vol. 24, S. 1-34.
- Veenhoven, Ruut 1992: Happiness in Nations, Subjective Appreciation of Life in 56 Nations, 1946-1992, Erasmus University Rotterdam.
- Veenhoven, Ruut 1995: Development in Satisfaction Research, Discussion Paper FS III 95 - 406, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Veenhoven, Ruut 1997: Die Lebenszufriedenheit der Bürger: Ein Indikator für die Lebbarkeit von Gesellschaften, in: Heinz-Herbert Noll (Hrsg.): Sozialberichterstattung in Deutschland, Weinheim München: Juvena, S. 267-293.
- Vester, Michael 1995: Milieuwandel und regionaler Strukturwandel in Ostdeutschland, in: Michael Vester, Michael Hofmann, Irene Zierke (Hrsg.): Soziale Milieus in Ostdeutschland: gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung, Köln: Bund-Verlag, S. 7-50.
- Walz, Dieter; Wolfram Brunner 1997: Das Sein bestimmt das Bewußtsein oder: warum sich die Ostdeutschen als Bürger 2. Klasse fühlen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament; B 51/97, S. 13-19.
- Westle, Bettina 1994: Demokratie und Sozialismus, Politische Ordnungsvorstellungen im vereinten Deutschland zwischen Ideologie, Protest und Nostalgie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jahrgang 46, Heft 4, S. 571-596.
- Winkler, Gunnar (Hrsg.) 1999: Sozialreport. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Berlin: Verlag am Turm.
- Woderich, Rudolf, 1992: Eigensinn und Selbstbehauptung in der Lebenswelt, in: BISS public 8, S. 55-66.
- Zapf, Wolfgang; Roland Habich 1999: Die Wohlfahrtsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1999, in: Max Kaase; Günther Schmid (Hrsg.): Eine lernende Demokratie, 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, Berlin: edition sigma, S. 285-314.
- Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (Hrsg.) 1999: ZUMA-Bus 1 (1976). Maschinenlesbares Codebuch ZA Nr. 0861, Köln.

Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“

- früher: Arbeitsgruppe „Sozialberichterstattung“

Die Abteilung *Sozialstruktur und Sozialberichterstattung* hat einen grundlagenwissenschaftlichen Schwerpunkt in der Analyse des sozialstrukturellen Wandels moderner Gesellschaften und einen anwendungsorientierten Schwerpunkt in der Sozialberichterstattung; die Forschungsaufgaben liegen in der Dauerbeobachtung des sozialstrukturellen Wandels und der Wohlfahrtsentwicklung. Die theoretischen Orientierungen stammen aus der Modernisierungstheorie und der Theorie der Wohlfahrtsproduktion.

MitarbeiterInnen in der Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“

Prof. Dr. Wolfgang Zapf (Leiter)
Dr. Roland Habich (Koordinator)

Petra Böhnke, Diplomsoziologin
Thomas Bulmahn, Diplomsoziologe
Jan Delhey, Diplomsoziologe
Dr. Katrin Gillwald

Dr. Wilhelm Hinrichs
Dr. sc. Eckhard Priller
Annett Schultz, Diplomsoziologin

Bitte senden Sie mir die folgenden Veröffentlichungen zu
Pro paper bitte **1 DM-Briefmarke** beilegen

- Bitte einen beschrifteten Adressenaufkleber beilegen •

WZB

WISSENSCHAFTSZENTRUM BERLIN
FÜR SOZIALFORSCHUNG

Paper-Nr., Autor

Name _____

Institution _____

Straße _____

Ort _____

Datum /
Unterschrift _____

Bestellung bitte einsenden an:

WZB • Abt. Sozialstruktur und Sozialberichterstattung • Reichpietschufer 50 • D - 10785 Berlin

Forschungsschwerpunkt III "Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse"

Auswahl der Arbeitspapiere (Stand: Januar 2000)

Abteilungsübergreifend

- FS III 96-301 The Mass Media and Modern Government
Kenneth Newton
- FS III 96-302 Das intermediäre System der Politik als Orientierungssystem der Bürger
Dieter Fuchs, Edeltraud Roller, Dieter Rucht und Bernhard Weßels

Abteilung 1 "Öffentlichkeit und soziale Bewegungen"

- FS III 90-101 Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze.
Jürgen Gerhards und Friedhelm Neidhardt
- FS III 92-101 Anbieter von öffentlichen politischen Veranstaltungen in West-Berlin.
Barbara Blattert
Nachfrager und wahrgenommenes Angebot von öffentlichen politischen Veranstaltungen in der Bundesrepublik.
Jürgen Gerhards
- FS III 92-103 Dokumentation und Analyse von Protestereignissen in der Bundesrepublik Deutschland (Prodat), Codebuch.
Dieter Rucht, Peter Hocke und Thomas Ohlemacher
- FS III 93-101 Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit.
Jürgen Gerhards
- FS III 93-102 Selbstkontrolle in den Medien: Der Deutsche Presserat und seine Möglichkeiten.
Jessica Eisermann
- FS III 93-103 Prominenz in der Bundesrepublik.
Birgit Peters
- FS III 94-101 Von den Oppositionsgruppen der DDR zu den neuen sozialen Bewegungen in Ostdeutschland?
Barbara Blattert, Dieter Rink und Dieter Rucht
- FS III 95-101 A Burning Question: Explaining the Rise of Racist and Extreme Right Violence in Western Europe.
Ruud Koopmans
- FS III 95-103 German Unification, Democratization and the Role of Social Movements: A Missed Opportunity.
Dieter Rucht
- FS III 95-105 Diskursanalyse im Zeit- und Ländervergleich. Methodenbericht über eine systematische Inhaltsanalyse zur Erfassung des öffentlichen Diskurses über Abtreibung in den USA und der Bundesrepublik in der Zeit von 1970 bis 1994.
Jürgen Gerhards und Monika Lindgens
- FS III 97-101 Citizenship, National Identity and the Mobilisation of the Extreme Right. A Comparison of France, Germany, the Netherlands and Switzerland
Ruud Koopmans and Hanspeter Kriesi

- FS III 98-101 Proteststrukturen im Ost-West-Vergleich 1989 - 1992
Susann Burchardt
- FS III 98-103 Die Branchenstruktur der Markt- und Meinungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland von 1986 bis 1996. Eine deskriptive Analyse
Simone Wack
- FS III 98-104 Konjunkturen der NS-Bewegung. Eine Untersuchung der Veranstaltungsaktivitäten der Münchener NSDAP, 1925-1930
Helmut K. Anheier, Friedhelm Neidhardt und Wolfgang Vorkamp
- FS III 98-105 Challenging the Liberal Nation-State? Postnationalism, Multiculturalism, and the Collective Claims-Making of Migrants and Ethnic Minorities in Britain and Germany
Ruud Koopmans and Paul Statham
- FS III 98-106 Die Stimme der Medien im politischen Prozeß – Themen und Meinungen in Pressekommentaren
Friedhelm Neidhardt, Christiane Eilders und Barbara Pfetsch
- FS III 98-107 Methodenbericht zum Projekt: Die Stimme der Medien im politischen Prozeß – Themen und Meinungen in Pressekommentaren
Christiane Eilders und Albrecht Lüter
- FS III 99-101 Government News Management - Strategic Communication in Comparative Perspective
Barbara Pfetsch
- FS III 99-102 (Re)constructing Community in Berlin; Of Jews, Turks and German Responsibility
Jonathan Laurence

Abteilung 2 "Institutionen und sozialer Wandel"

- FS III 91-201 Ein analytisches Schema zur Klassifikation von Politikgehalten.
Edeltraud Roller
- FS III 93-202 Eine Metatheorie des demokratischen Prozesses.
Dieter Fuchs
- FS III 93-203 A Metatheory of the Democratic Process.
Dieter Fuchs
- FS III 93-205 Mass Media: Political Independence of Press and Broadcasting Systems.
Katrin Voltmer
- FS III 94-201 Democratic Transformation and the Prerequisites of Democratic Opposition in East and Central Europe.
Bernhard Wessels und Hans-Dieter Klingemann
- FS III 94-202 Cultural Conditions of the Transformation to Liberal Democracies in Central and Eastern Europe.
Dieter Fuchs und Edeltraud Roller
- FS III 94-206 The Evolution of Western Foreign Aid Programs.
Thomas R. Cusack und Joyce P. Kaufman
- FS III 96-201 Political Science: The Discipline.
Robert E. Goodin und Hans-Dieter Klingemann
- FS III 96-202 Contexts of Political Protest in Western Democracies: Political Organization and Modernity.
Edeltraud Roller und Bernhard Wessels

- FS III 96-203 Problemreich und konfliktgeladen: Lokale Demokratie in Deutschland fünf Jahre nach der Vereinigung.
Thomas R. Cusack und Bernhard Weßels
- FS III 96-204 Social Alliances and Coalitions: The Organizational Underpinnings of Democracy in West Germany.
Bernhard Wessels
- FS III 96-205 Abbau des Sozialstaats. Einstellungen der Bundesbürger zu Kürzungen von Sozialleistungen in den neunziger Jahren.
Edeltraud Roller
- FS III 96-206 System Characteristics Matter: Empirical Evidence from Ten Representation Studies.
Bernhard Wessels
- FS III 96-207 Wohin geht der Wandel der demokratischen Institutionen in Deutschland? Die Entwicklung der Demokratievorstellungen der Deutschen seit ihrer Vereinigung.
Dieter Fuchs
- FS III 96-208 Legislative Recruitment in Germany: Professionalization or Political Class?
Bernhard Wessels
- FS III 97-201 Social Capital, Institutional Structures, and Democratic Performance: A Comparative Study of German Local Governments.
Thomas R. Cusack
- FS III 97-202 The Electoral Process in the Unified Germany.
Dieter Fuchs und Robert Rohrschneider
- FS III 97-203 Kriterien demokratischer Performanz in Liberalen Demokratien
Dieter Fuchs
- FS III 98-201 Vom Konsens zum Dissens? Politische Ordnungspräferenzen von Eliten und Bürgern im ost-westdeutschen Vergleich.
Christian Welzel
- FS III 98-202 Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis.
Hans-Dieter Klingemann
- FS III 98-203 Remembering the Bad Old Days: Human Rights, Economic Conditions, and Democratic Performance in Transitional Regimes.
Hans-Dieter Klingemann and Richard I. Hofferbert
- FS III 98-204 The Political Culture of Unified Germany
Dieter Fuchs
- FS III 99-201 Näherung oder Richtung? Der Theorienstreit der Wahlforschung aus der Sicht politischer Repräsentation.
Christian Welzel und Thomas R. Cusack
- FS III 99-202 Analyzing Democratic Change and Stability: A Human Development Theory of Democracy.
Christian Welzel and Ronald Inglehart
- FS III 99-203 Soziale Integration und politische Institutionen in modernen Gesellschaften.
Dieter Fuchs
- FS III 99-204 Die demokratische Gemeinschaft in den USA und in Deutschland.
Dieter Fuchs

FS III 99-205 Political Consequences of Germany's Mixed-Member System: Personalization at the Grass-Roots?
Hans-Dieter Klingemann and Bernhard Wessels

Abteilung 3 "Sozialstruktur und Sozialberichterstattung"

FS III 95-401 Wie Migranten leben. Lebensbedingungen und soziale Lage der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik.
hrsg. von Wolfgang Seifert

FS III 95-402 Familie und Erwerbsarbeit in der Bundesrepublik. Rückblick, Stand der Forschung und Design einer Lebensformtypologie.
Karin Schulze Buschoff

FS III 95-403 Erwerbsverläufe in Ostdeutschland. Einflüsse und Folgen.
Horst Berger, Thomas Bulmahn und Wilhelm Hinrichs

FS III 95-404 Sozialberichterstattung in und für Deutschland - ein Ziel, zwei Wege? Dokumentation einer Arbeitstagung zu "Sozialreport 1994" - "Datenreport 1994".
hrsg. von Roland Habich, Wolfgang Zapf und Gunnar Winkler

FS III 95-406 Developments in Satisfaction Research.
Ruut Veenhoven

FS III 95-408 Ökologisierung von Lebensstilen. Argumente, Beispiele, Einflußgrößen.
Katrin Gillwald

FS III 96-401 Mobilität zur sozialen Teilhabe Älterer.
Heidrun Mollenkopf und Pia Flaschenträger

FS III 96-402 Lebenszufriedenheit im europäischen Vergleich.
Ingeborg Weller

FS III 96-403 Vereinigungsbilanzen. Die deutsche Einheit im Spiegel der Sozialwissenschaften.
Thomas Bulmahn

FS III 96-404 Happy Life-Expectancy. A comprehensive measure of quality-of-life in nations.
Ruut Veenhoven

FS III 96-405 Response Style und Response Set. Eine Längsschnittuntersuchung zu den Zufriedenheits- und Einstellungsfragen im Sozio-ökonomischen Panel.
Jörg-Peter Schröpler

FS III 96-406 Rethinking Modernization: Legacies of Parsons and Hilbert.
Edward A. Tiryakian

FS III 96-407 Wohnortwechsel zwischen den Bundesländern im Kontext der Vereinigung.
Wilhelm Hinrichs

FS III 97 - 401 Ungleichheits- und Gerechtigkeitsorientierungen in modernen Wohlfahrtsstaaten. Ein Vergleich der Länder Schweden, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland
Steffen Mau

FS III 97 - 402 Die Sozialstruktur der DDR. Versuch einer Rekonstruktion auf der Basis einer 1987 durchgeführten soziologischen Untersuchung
Siegfried Grundmann

FS III 97 - 403 Lebensstile und Wohnverhältnisse
Annette Spellerberg

FS III 97 - 404 Wohnmobilität und Wohnverhältnisse in West- und Ostdeutschland
Nicole Schneider

- FS III 97 - 405 Privathaushalte und Haushalten in Ostdeutschland
Annett Schultz
- FS III 97 - 406 Ein Fall von Car Sharing: Umweltentlastung durch soziale Innovation
Katrin Gillwald
- FS III 97 - 407 Soziologische Forschung in der DDR. Einige Aspekte der Arbeit des Wissenschaftlichen Rates
Rudi Weidig
- FS III 97 - 408 Sozialindikatorenforschung in der DDR. Wissenschaftstheoretische, forschungsorganisatorische und institutionelle Aspekte
Horst Berger
- FS III 97 - 409 Wohnbedingungen und ihre subjektive Wahrnehmung in Ostdeutschland 1990-97
Wilhelm Hinrichs
- FS III 97 - 410 Arbeitszeiten - Wunsch und Wirklichkeit in Ost- und Westdeutschland
Karin Schulze Buschhoff
- FS III 97 - 411 Ein Suchen und Sichfinden im Gestern und Heute. Verändern die Ostdeutschen ihre Einstellungen und Haltungen zur Demokratie und gesellschaftlichen Mitwirkung?
Eckhard Priller
- FS III 98 - 401 Inequality and Support for Redistributive Policy: One World of Post-Communism, Two Worlds of Western Capitalism?
Jan Delhey
- FS III 98 - 402 Über die Möglichkeit einer kontinuierlichen und zügigen Fortsetzung des chinesischen Modernisierungsprozesses
Li Pengcheng
- FS III 98 - 403 Lebensstile im Zeitvergleich: Typologien für West- und Ostdeutschland 1993 und 1996
Annette Spellerberg und Regina Berger Schmitt
- FS III 98 - 404 Teilzeitbeschäftigte in Europa. Arbeitsbedingungen, Familienkontext, Motive und subjektive Bewertungen
Karin Schulze Buschhoff und Jana Rückert
- FS III 98 - 405 Das Erwerbsverhalten von Frauen im europäischen Vergleich. Welche Faktoren beeinflussen Arbeitszeiten und Arbeitszeitwünsche?
Karin Schulze Buschhoff, Inge Weller und Jana Rückert
- FS III 98 - 406 Rette sich, wer kann? Die Krise der gesetzlichen Rentenversicherung und die Privatisierung der Altersvorsorge
Thomas Bulmahn
- FS III 98 - 407 Taking Stock: German Unification as Reflected in the Social Sciences
Thomas Bulmahn
- FS III 99 - 401 Wohnsuburbanisierung am Beispiel Berlin. Ein Erklärungsrahmen
Wilhelm Hinrichs
- FS III 99 - 402 Income Dynamics in Three Societies. An investigation of social dynamics using "old" and "new" types of social indicators
Zsolt Spéder, Roland Habich
- FS III 99 - 403 Inequality and Attitudes. Postcommunism, Western Capitalism and Beyond
Jan Delhey
- FS III 99 - 404 Social Reporting in the 1970s and 1990s
Wolfgang Zapf

- FS III 99 - 405 New Structures of Inequality. Some Trends of Social Change in Modernized Societies
Heinz-Herbert Noll
- FS III 99 - 406 Teilzeitarbeit in Schweden, Großbritannien und Deutschland. Individuelle Dynamik und
Haushaltskontext im Ländervergleich
Karin Schulze Buschoff unter Mitarbeit von Jana Rückert-John
- FS III 99 - 407 Komparative und nicht-komperative Ansätze zur Analyse der Europäisierung der
Sozialstrukturen
Bernhard Schäfers
- FS III 99 - 408 Lebensstandard und Armut im vereinten Deutschland
Petra Böhnke, Jan Delhey
- FS III 99 - 409 Entwicklung der Wohnverhältnisse in Ost- und Westdeutschland
Wilhelm Hinrichs
- FS III 99 - 410 Demokratieentwicklung und Mitwirkung in Ostdeutschland
Eckhard Priller

Bitte die nächste Seite beachten!
See the following page, please!

Die Arbeitspapiere können bestellt werden/The discussion papers can be ordered:

Wissenschaftszentrum Berlin für
Sozialforschung (WZB)
Pressestelle
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin

Bestellungen von Arbeitspapieren: Briefmarken erbeten

Wir erbitten von allen Bestellern, die Arbeitspapiere vom WZB anfordern, eine **1 DM-Briefmarke pro Papier** als pauschalen Beitrag zu den anfallenden Versandkosten. Besteller aus dem **Ausland** werden gebeten, für jedes bestellte Arbeitspapier einen "Coupon-Réponse International" (internationalen Antwortschein), der auf Postämtern erhältlich ist, beizufügen.

Aus diesem Grund ist es auch nicht mehr möglich, Bestellungen von Arbeitspapier per Telefon oder Fax an das WZB zu richten. Schicken Sie Ihre Bestellungen nur noch schriftlich an die WZB-Pressestelle, und legen Sie neben der entsprechenden Anzahl von Briefmarken weiterhin einen mit Ihrer eigenen Adresse versehenen **Aufkleber** bei.

Die in letzter Zeit erheblich gestiegene Anzahl von Bestellungen sowie die Mittelkürzungen, die öffentlich finanzierten Institutionen - wie auch dem WZB - auferlegt wurden, machen diese Maßnahme unumgänglich. Wir bitten um Verständnis und darum, unbedingt wie beschrieben zu verfahren.

Stamps for Papers

We ask for a 1 DM-postage stamp per paper from all those who wish to order WZB-papers and who live in Germany. These stamps contribute to the shipment costs incurred. All persons interested in WZB-papers from abroad are kindly requested to send one "Coupon-Réponse International" (international reply coupon) for each ordered paper. The coupons can be obtained at your local post office.

The reasons for these measures are the high increase in the number of ordered papers during the last months as well as the cut in funds imposed on publicly financed institutions like the WZB. We do ask for your understanding and hope that you will comply with the above mentioned procedure.

